Freitag, den 2. Juni 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 128.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3873.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 30.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 90.— Mk., monatlich 30.— Mk., frei Haus; — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 80 Pfg., Familienanzeigen 70 Pfg., Stellengesuche 60 Pfg.; außerhalb 1.— Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 4.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Lloyd George über England, Frankreich und der Versailler Vertrag.

Im englischen Unterhause sagte Lloyd George nach einer kurzen Darlegung der Reparationsfrage, man könne sagen, daß die kritischen Tage für den Augenblick vorüber seien. Es bestehe kein Grund zu einem Zwist zwischen England und Frankreich und alle Meldungen, die ihm zugingen, drückten die Hoffnung aus, daß ein Abkommen zustande komme, daß nicht nur für die Schuldner-, sondern auch für die Gläubigerstaaten annehmbar sein werde.

Er freue sich, daß die deutsche Regierung sich wirklich bemühte und wünsche, der Reparationskommission entgegenzukommen. Nach Erwähnung der Schwierigkeiten der deutschen Regierung sagte Lloyd George weiter: Die jetzige deutsche Regierung habe sich verpflichtet, ihr Bestes zu tun, um den Friedensvertrag auszuführen und er glaube, sie bemühe sich ernstlich um seine Ausführung. Sie habe erheblichen politischen Schwierigkeiten zu begegnen, und wenn sie diesen Schwierigkeiten begegne, wie sie es tatsächlich tue, so habe sie Anspruch auf jede Rücksicht und auf jeden Respekt. Eine Politik der Nichterfüllung des Friedensvertrages werde ein Politik sofortigen Unheils für Deutschland sein.

Ohne Frage würde Frankreich allein vorgehen, wenn Deutschland den Friedensvertrag mit Nichtachtung begegne. Wenn eine deutsche Regierung dem Friedensvertrag Widerstand leisten wolle, so werde Frankreich bei der Ausführung seiner Bestimmungen nicht allein gelassen werden, sondern England und Frankreich werden gemeinsam vorgehen. Großbritannien tritt ein für eine Politik der Mäßigung und auch für eine Politik der Erfüllung des Friedensvertrages. Jedes isolierte Vorgehen seitens eines der Verbündeten werde unheilvoll sein für die bestehende Entente.

Um die internationale Anleihe.

„Oeuvre" berichtet, der internationale Anleiheausschuß sei wiederum zusammengetreten. Der Holländer Vischering habe über seine Reise nach Berlin berichtet. Das Blatt glaubt zu wissen, daß er sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weniger günstig ausgesprochen habe, als man hätte erwarten können. Die Lasten, die der Versailler Friedensvertrag Deutschland aufbürde, seien wirklich übertrieben. Der Anleiheausschuß werde sich mehr und mehr überzeugen, daß es schwierig sei, einem Staat Vorschüsse zu leisten, auf dessen Gesamtvermögen bereits eine 1. Hypothek von 132 Milliarden Goldmark laste, die außerdem noch durch die Okkupationskosten erhöht würde.

Tatsächlich, so schließt das Blatt, sei, wie es von der ersten Stunde an erklärt habe, der Bankierausschuß unwillkürlich gezwungen, **das Reparationsproblem, die Garantiefrage und die Frage der internationalen Schulden in ihrer Gesamtheit zu prüfen. Natürlich befürchte er, auf ein neues Verbot „des Herrn Poincare" zu stoßen. Unter diesen Bedingungen sei es möglich, daß der Ausschuß bald einen Bericht verfassen werde, in dem er erklärt, daß unter dem augenblicklichen Regime des Vertrages von Versailles Deutschland kein Kredit gewährt werden könne, auch nicht indirekt Europa, anstatt seine Arbeiten noch mehrere Wochen hindurch fortzusetzen.**

Der Hottentotten-Aufstand in Südwest-Afrika.

Von unserem kolonialpolitischen Mitarbeiter.

In der früheren deutschen Kolonie Südwest-Afrika sind die Bonzelwarts aufständisch geworden. Zwischen den gutbewaffneten Hottentotten und der englischen Polizeitruppe haben schon verschiedene scharfe Scharmützel stattgefunden, in denen auf beiden Seiten Tote und Verwundete auf dem Sande blieben. Nach Meldungen aus Windhuk sind die Aufständischen ihrer Sache ziemlich sicher, da auch die Eingeborenen von Keetmanshoop und Versehba Neigung zur Rebellion zu zeigen scheinen.

Diese Erhebungen der Schwarzen, knapp einige Jahre, nachdem die Engländer endgültig das ihnen durch den Versailler Vertrag zugesprochene ehemalige deutsche Schutzgebiet in eigene Regie genommen haben, stellt die prahlerischen Versicherungen der Entente-Schutzmächte in ein eigenes Licht, daß nur sie das Talent zur Verwaltung überseeischer Kolonien in Erbpacht haben. Die Ursache der heutigen Hottentottenbewegung kann ihrer Geringfügigkeit halber nur der letzte Anstoß dafür gewesen sein, eine bisher künstlich niedergehaltene Mißstimmung und Empörung der bedrückten Eingeborenenbevölkerung aus den Schleusen zu locken; angeblich soll der Aufstand auf die Weigerung der Eingeborenen zurückzuführen sein, die ihnen von den englischen Behörden auferlegte — Hundesteuer zu bezahlen.

Jüngst erst, auf der Tagung der Kolonialdeutschen in Berlin, ist es aus berufenem Munde zum Ausdruck gekommen, daß, wenn jemals eine Kolonialpolitik sich von ungerechter Ausbeutung einer tieferstehenden Rasse und von wirtschaftlichem Raubbau ferngehalten hat, es die des kaiserlichen Deutschlands gewesen ist, die ihre Schutzgebiete in kurzer Zeit zu blühendem Wohlstande geführt und zu einem für die deutsche Wirtschaft unentbehrlichen Reservoir für bedeutende Einfuhrartikel gemacht hat, ohne Lebensinteressen und Eigenart der an diesem Wohlstande teilnehmenden Eingeborenen systematisch zu ersticken.

Der Aufstand der Bonzelwarts mag für die ganze zuschauende Welt eine Lehre sein über den Wert jener heuchlerischen Beweismittel, mit denen die Entente in Versailles den Raub der deutschen Kolonien zu rechtfertigen versuchte. Und zusammen mit den immer wiederkehrenden Beweisen treuer Anhänglichkeit, die uns frühere eingeborene Kolonialuntertanen, die den vermeintlichen Segen englischer und französischer Kolonialpraxis jetzt am eigenen Leibe verspüren können, von Zeit zu Zeit zukommen lassen, mögen die Nachrichten aus Südwest-Afrika die Erkenntnis von unseren kolonialen Bedürfnissen und unserer kolonialpolitischen Fähigkeit auch in jenen Kreisen des Volkes erwecken, die sich bisher aus Parteihörigkeit ihr wissentlich verschlossen haben.

Der wahre Charakter der oberschlesischen Unruhen.

Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, sind die polnischen Unruhen in dem Polen zugesprochenen Teile Oberschlesiens eine von langer Hand vorbereitete Aktion zu dem Zweck, noch vor der Uebernahme das Gebiet auf andere Weise „deutschreif" zu machen. Durch das passive Verhalten der Besatzungstruppen und der Polizei ist dieser Zweck bedauerlicherweise zum Teil erreicht worden. Durch die Flüchtlingsstellen sind gestern allein 1500 Flüchtlinge gegangen. Wie versichert wird, hat der Kreiskontrolleur in Kattowitz ein Ersuchen um Entsendung von Truppen abschlägig beschieden mit dem Bemerken, daß die Truppen nicht zu Polizeizwecken verwendet werden sollen. Auch im Kreise Hindenburg hat sich die polnische Tätigkeit bemerkbar gemacht. Aus Myslowitz, Lopau und anderen Orten werden ebenfalls polnische Wühlereien gemeldet. Vor allem sollen die deutschen Bergbaubeamten vertrieben werden und durch französische, polnische und tschechische Beamte ersetzt werden.

Eine Zentrumsinterpellation über die Zerstörungsforderungen der Entente.

Die Zentrumsfraktion de sReichstages hat den Beschluß der Botschafterkonferenz, von der deutschen Regierung die Aenderung bezw. Zerstörung einer großen Reihe von Eisenbahnen im Rheinland zu verlangen, zum Gegenstand einer Interpellation an die Reichsregierung gemacht.

Englands irisches Geschwür.

Im englischen Unterhause gab Churchill eine Erklärung über die irische Lage ab. Churchill teilte mit, daß der Verfassungsentwurf für den irischen Freistaat in informeller Weise von der britischen Regierung geprüft sei und in kurzem veröffentlicht würde. Wenn die Verfassung nicht mit dem Vertrag ein Einklang sei, wäre England berechtigt, demselben die Ratifikation vorzuenthalten. Churchill erklärte dann mit Nachdruck, er glaube nicht, daß die Mitglieder der provisorischen Regierung nicht in gutem Glauben handelten und das britische Vertrauen und Irlands guten Namen zu verraten beabsichtigten. Sie seien von dem ernsten Wunsch beseelt, den Vertrag zur Ausführung zu bringen. Wenn die Reichsregierung angeführt, wenn sie getäuscht sei, würde das die wesentliche Stärke der Stellung des Reiches in den Augen der Welt nicht verringern, und ob man ihr traue oder mißtraue, sie könne warten.

Churchill bemerkte dann, daß die britischen Truppen in Dublin zurückgehalten würden, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Falls versucht würde, die Republik auszurufen, würde die Absicht der Regierung sein, Dublin zu halten, als eine der ernsten und wesentlichen Maßnahmen bei militärischen Operationen.

Die Front der Rechten gegen Wirth.

Von besonderer volksparteilicher Seite.

Die glatte Umgehung des Reichstages in Sachen der Reparationsverhandlungen durch das Kabinett Wirth hat eine sehr ernste Regierungssituation geschaffen. Die Veröffentlichung des Textes der Antwortnote an die Pariser Reparationskommission hat bewiesen

einmal, daß das Kabinett Wirth in Paris durch den Reichsfinanzminister Hermes in glatter Form die feierlichen Versprechungen des sogenannten Steuerkompromisses gebrochen hat, desselben Steuerkompromisses, das schon einmal von dem Kabinett Wirth in schnöder Form gebrochen wurde und das nach seiner verschärften und ausdrücklich verbrieften Wiederaufrichtung den einzigen Hintergrund für das Mandat des Kabinettes Wirth für Genua bildete.

Das andere mal, daß die Erklärungen des Kabinettes Wirth durch den Reichsfinanzminister Dr. Hermes im Auswärtigen Ausschuß gegenüber dem tatsächlichen Text der Note eine weitere schwerwiegende Verschleierung der Pariser Abmachungen des Dr. Hermes darstellen.

Diese durch die Veröffentlichung des Textes der deutschen Note klarliegende Feststellung hat eine weitere Verschärfung durch den vielsagenden Umstand erfahren, daß in der Mittwoch-Sitzung des Reichstages das Kabinett Wirth gelissentlich einer Aussprache über die Pariser Verhandlungen des Dr. Hermes, die in ihren Abmachungen das parlamentarische Mandat des deutschen Unterhändlers glatt überschritten, aus dem Wege zu gehen wußte und sich hierbei gegenüber einem ausdrücklichen Antrage der Deutschen Volkspartei der Hilfe der Unabhängigen Sozialdemokratie bediente.

Die Vertagung einer Aussprache bis zu oder gar nach dem Eingehen von vertraglichen Verpflichtungen in der so überaus wichtigen Frage der Reparationen stellt neben dem Bruche der verbrieften Abmachungen des Steuerkompromisses eine glatte Ausschaltung des Reichstages in dieser hochwichtigen Lebensfrage des deutschen Volkes dar. Unter diesen Umständen mußte neben anderen Gründen schon rein in Wahrung der parlamentarischen Rechte in einem rein parlamentarisch aufgebauten Staatskörper die Deutsche Volkspartei sich auf Seite des von der Deutsch-nationalen Volkspartei eingebrachten Mißtrauensvotums stellen. Das Kabinett Wirth konnte am Mittwoch nur zu einer indirekten Vertrauenskundgebung gelangen, indem es sich der Hilfe der Unabhängigen Sozialdemokratie ausschlaggebend bediente. Es unterliegt nach den Informationen parlamentarisch wohl unterrichteter Kreise keinem Zweifel, daß die Unabhängige Sozialdemokratie diesen Liebesdienst dem Kabinett Wirth nur gegen das Eingehen weitgehendster Zugeständnisse erwiesen hat.

Durch dieses Verhalten hat das Kabinett Wirth sich eine geschlossene Opposition der gesamten Rechten geschaffen. Da ebenso die Demokratische Partei, wie der gesamte rechte Flügel des Zentrums durch das sonderbare zwiespältige Verhalten des Kabinettes Wirth so gut, wie vor den Kopf gestoßen sind, da ferner die Bayrische Volkspartei als rechtes Zentrum zu bewerten ist, so kann man den gegenwärtigen Zustand bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages mit Recht

als eine latente Kabinettskrise ernstester Art

bezeichnen.

Daß in den Tagen einer Reparationsregelung unter den ernstesten Opfern des deutschen Volkes in allen seinen Schichten dieser Zustand die schwersten Gefahren für das deutsche Volk in sich birgt, bedarf keiner weiteren Erörterung. Die Verantwortung für diese schweren, augenblicklich noch gar nicht voll abmeßbaren Gefahren trägt einzig und allein, das geradezu unerhörte

zwiespältige Verhalten des Kabinettes Wirth,

das jedem Treu und Glauben, in den Stunden, wo das deutsche Ansehen vor dem Auslande wiederhergestellt werden soll, in das Gesicht schlägt.

Das Kabinett Wirth hat nach dem glatten Zusammenbruch seiner schlackenlosen Erfüllungspolitik die zu seiner Rettung notwendigen eingegangenen Verpflichtungen in recht unschöner Weise zweimal gebrochen, es hat, um diese Erfüllungspolitik des Bankerotts auf Umwegen fortsetzen zu können, diesen Bruch mit langer Hand vorbereitet und namentlich mit einer Besetzung des Ruhrgebietes als Schreckpopanz gespielt, um in aller Ruhe eine Verbindung mit den Unabhängigen herstellen zu können, während selbst die durch und durch deutsch-feindliche „Times" nicht den geringsten Hehl daraus machte, „daß Poincaree solange gegen Deutschland wie gegen England Oberwasser habe, wie Deutschland den Einmarsch fürchte, auf dieses Gerücht hereinfalle."

Das am Mittwoch geschaffene indirekte Vertrauen Wirths ist ein Scheinvertrauen übelster Art, das deutsche Bürgertum in allen seinen Schichten wird gut tun, sich auf schwere Komplikationen vorzubereiten, die einem ernsten Kampf um Deutschlands Wiedergesundung gleichbedeutend zu erachten sind.

Vertagung des Reichstages.

Der Reichstag ist gestern in die Pfingstferien gegangen, die nach der vorläufigen Vereinbarung bis zum 13. Juni währen werden. Er hat es nicht für notwendig gehalten, in eine Besprechung der Pariser Abmachungen des Ministers Hermes, in eine Besprechung der deutschen Antwortnote an die Reparationskommission einzutreten. Er hat trotz eines vorliegenden Antrages der Deutschen Volkspartei zu dieser hochwichtigen Angelegenheit mit dieser Weigerung dokumentiert, daß durch die Pariser Abmachungen des Finanzministers Dr. Hermes das deutsche Volk wieder einmal in seiner schwerwiegensten Existenzfragen vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll, ohne dem deutschen Volke bezw. seiner gegebenen Vertretung, dem Reichstage, Gelegenheit zu geben, vor Eingehung der Verpflichtung seine Meinung zu bekunden. Für einen Staat des reinen Parlamentarismus, den doch das neue Deutschland nach der Weimarer Verfassung und noch mehr nach den Ruhmredigkeiten seiner augenblicklichen Machthaber sein will, ein geradezu unerhörtes Vorgehen.

In seiner Schlußsitzung am Mittwoch verrichtete der Reichstag noch schnell großes Aufräumen. Unter den größeren Vorlagen, die noch rasch unter Dach und Fach gebracht wurden, verdient in erster Reihe der deutsch-dänische Vertrag Erwähnung, der eine Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit von Nordschleswig an Dänemark entstandenen Fragen bringt. Diese Angelegenheit war eine, wenn auch höchst traurige, so doch ebenso dringend notwendige. Gewiß, es liegt bei diesen Fragen ebenso wie bei den an Polen in Verlust geratenen Provinzen Posen, Westpreußen und neuerdings Oberschlesien eine glatte Vergewaltigung durch das Versailler Diktat vor, eine Vergewaltigung, die auch dann noch immer eine Vergewaltigung bleibt, wenn auch das Los der Nordschleswiger bei den Dänen ein ungleich besseres ist, wie das der Posener, Westpreußen und Oberschlesier bei dem kulturell so tief stehenden Polen. Die Deutsche Volkspartei glaubte mit den übrigen Parteien des Reichstages diesem Vertrage zustimmen zu müssen, schon von dem Gesichtspunkte aus, um den Landsleuten, die es leider aus dem bisherigen deutschen Staatsverbande entlassen mußte, ihr Los nach Tunlichkeit auch von ihrer Seite aus zu erleichtern. Die Deutschnationale Volkspartei stimmte diesem Vertrage nicht zu, da sie die durch den Gewaltvertrag von Versailles geschaffenen neuen Landesgrenzen nicht anerkennen könne."

Wir halten von dem Standpunkte einer gesunden Realpolitik aus die übertrieben theoretische Betonung der starren Opposition gegen das Deutschland nach dem November 1918 in diesem vorliegenden Falle nicht für richtig, haben aber andererseits bei der nationalen Bedrückung an allen Ecken und Enden durch das grausame Diktat von Versailles und noch mehr durch seine einseitige, direkt völkerrechtswidrige Auslegung volles Verständnis für einen solchen Standpunkt, wenn wir auch, wie gesagt, aus realpolitischen Erwägungen heraus ihn in vorliegendem Falle nicht teilen können. Der Volksparteiler Dr. Runkel wies indessen mit vielem Recht bei dieser Vorlage darauf hin, daß die deutsche Regierung sich mit Nachdruck dafür einsetzen möge, daß, seitens Dänemarks der im Vertrage von Versailles mit vielen schönen Worten gepriesene Minoritäten-Schutz Deutschlands gegenüber auch wirklich gehalten werde, daß die unerhörte dänische Propaganda diesseits der Grenze endlich einmal unterbleibe. Wir können dies nur auf das Nachdrücklichste unterstützen. Was sich Dänemark, als der ausgesprochene Franzosenfreund des hohen Nordens, in letzter Zeit an Deutschenhetze herausnimmt, ist wirklich nicht schön. Hoffen wir, schon im Interesse unserer unter dänische Herrschaft geratenen Landsleute, daß der soeben getätigte Vertrag nun endlich eine Wendung zum Bessern in dieser Hinsicht bringt.

Von den übrigen Vorlagen, die am Mittwoch noch schnell unter Dach und Fach gebracht wurden, sind die Erhöhungen bei der Krankenversicherungspflicht und der Angestelltenversicherung besonders hervorzuheben. Bei der Krankenversicherung wurde das versicherungspflichtige Einkommen auf 72 000 Mark, bei der Angestelltenversicherung auf 100 000 Mark erhöht. Diese Maßnahmen sind ohne jeden Zweifel gerade für den alten Mittelstand, der so schwer unter dem Segen der neuen Zeit gelitten, von weitgehendster Bedeutung, sie sind aber auch ein besonders in die Augen springender Beleg für die ungeheure Geldentwertung dieser Tage, eine Geldentwertung, die nicht zum geringsten Teil mit

ihre Ursache hat in den famosen Regierungskünsten, die mit dem November 1918, mit der „glorreichen Revolution" mit allem Nachdruck einsetzten. Das recht bedeutungsvolle Reichsknappschaftsgesetz wurde fast ohne jede Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Den politischen Höhepunkt der letzten Tagung vor den Pfingstferien bildete, wie gesagt, die Abstimmung über das von den Deutschnationalen eingebrachte Mißtrauensvotum anläßlich der Regierungserklärung über Genua. Die Volksvertreter waren nach der Erklärung des Abgeordneten Becker-Hessen gezwungen, dem Mißtrauensvotum beizutreten, nachdem die Reichstagsmehrheit auf einen unabhängigen Antrag hin jede Erörterung der Hermes'schen Tätigkeit in Paris zu verhindern bestanden hatte. Dieses Wirken des Finanzministers Hermes in Paris, dieses geflissentliche Ausschalten des Reichstages in dieser hochwichtigen Frage kommt einem Bruch des durch feierliche Regierungsversprechungen besonders bekräftigten Stresemannkompromisses verzweifelt nahe. Wir bedauern nicht allein im Interesse unserer schwer darniederliegenden deutschen Wirtschaft, sondern ebenso sehr im Interesse unseres Ansehens vor dem Auslande diese undemokratische Parteipolitik kleinlichsten Geschäftsausmaßes auf das schwerste. Mit einem solchen durch derartige Mätzchen zustande gebrachten indirekten Vertrauen wird das Kabinett Wirth wahrlich vor den Augen Europas keine besondere Ehre einlegen können.

Mit nicht mißzuverstehendem Hohn hat bereits dieser Tage der Londoner „Daily Telegraph" die Reichstagssitzung über Genua mit seiner offenkundigen Ausschaltung der im Mittelpunkte stehenden Pariser Mission des Dr. Hermes „eine Erhöhung der Ausländer" genannt, hat darauf hingewiesen, „daß für den englischen Zeitungsleser kein Grund vorliege, seine Zeit mit dem Lesen solcher Spezialdebatten zu verlieren". Die Regierung Wirth hat sich mit dieser üblen Komödie im Reichstag wieder einmal ein Stück geleistet, das schwerlich dazu beitragen dürfte, unser schwer geschlagenes Ansehen vor dem Auslande zu stärken. Wir bedauern auch von diesem Gesichtspunkte aus dieses undemokratische Verhalten in dem angeblich „demokratischsten Lande der ganzen Welt" auf das tiefste. R—r.

Keine Rheinlandrepublik unter englischem Protektorat!

Dr. Adenauers Dementi.

Eine Berliner Nachrichtenagentur hatte eine Meldung verbreitet, der zufolge einzelne hervorragende rheinische Persönlichkeiten mit den englischen Besatzungsbehörden Fühlung genommen hätten, um der Gefahr der französischen Lostrennungspolitik durch Errichtung eines Rheinstaates unter englischem Protektorat vorzubeugen.

Von den in dieser Meldung erwähnten Persönlichkeiten, hatte bisher nur der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer Gelegenheit, zu den Behauptungen der Berliner Nachrichtenstelle Stellung zu nehmen. Wie zu erwarten war, bezeichnet Dr. Andenauer alle Einzelheiten der betreffenden Meldung als unzutreffend.

Wie leichtfertig die Behauptungen sind, beweist die Tatsache, daß der genannte Professor Bender seit längerer Zeit im Urlaub weilt und zwar im Osten Deutschlands, was doch immerhin Zeugnis davon ablegt, daß es weit entfernt ist, mit irgend einer westlichen Macht Verhandlungen über Rheinland zu führen. In der betreffenden Nachricht war der Professor Eckert, Protektor der Universität genannt worden. Dieses Amt bekleidet er aber seit 2 Jahren nicht mehr; vielmehr ist er gegenwärtig stellvertr. Vorsitzender und Geschäftsführer des Kuratoriums der Kölner Universität.

Die „Rheinische Zeitung" ist ermächtigt, die Meldungen der Berliner Agentur, soweit sie von einer Beteiligung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Kreise an den angeblichen Verhandlungen mit den britischen Behörden spricht, als vollkommen erlogen zu bezeichnen. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst setzt hinzu, daß der Reichsregierung von den genannten Bestrebungen nicht das mindeste bekannt sei. Damit dürfte feststehen, daß diejenige Seite, die das in Frage kommende Gerücht verbreiten läßt, nicht im mindesten über die rheinischen Verhältnisse informiert ist und ihren Behauptungen demgemäß keinen Glauben geschenkt werden kann.

Die Antwort der Reparationskommission

Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslastenkommission in Paris am 31. Mai abends folgendes Schreiben zugehen lassen:

Paris, 31. Mai. Die Reparationskommission an den Herrn Reichskanzler Dr. Wirth. Die Reparationskommission beehrt sich, den Empfang des Schreibens des Reichskanzlers vom 23. d. M. zu bestätigen, in welchem die Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die deutsche Regierung bereits ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kommission in dem Schreiben vom 21. März und vom 13. April hinsichtlich des teilweisen Aufschubs für die während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen gestellt worden sind.

Die Kommission beehrt sich, in der Anlage Abschrift ihrer Entscheidung Nr. 1978a von heute mitzuteilen, in welcher gemäß den im letzten Abschnitt der Entscheidung Nr. 1841 vom 21. März vorgesehenen Verfahrens der vorläufige Zahlungsaufschub bestätigt wird. Bei der Bedeutung einer sofortigen Entscheidung über die Frage des Aufschubs hat die Kommission geglaubt, berechtigt zu sein, den genannten Entscheid schon jetzt zu treffen, obwohl mehrere Punkte des Schreibens, dessen Empfang sie bestätigt, noch weiter aufgeklärt werden müssen. Sie hat dabei die Fragen, die sie als noch nicht geregelt auf später vertagt, damit sie alsdann in der im Text der Entscheidung angegebenen Weise behandelt werden. Diese Fragen werden den Gegenstand einer weiteren Mitteilung bilden, die in der nächsten Zeit an den Reichskanzler gerichtet werden wird.

gez. Dubois, John Bradbury, Bemelmann, Raggi.

Die dem Schreiben beiliegende Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission hat das Schreiben des deutschen Reichskanzlers vom 28. Mai aufmerksam geprüft, in welchem Maßnahmen mitgeteilt werden, welche die deutsche Regierung bereits ergriffen hat, und die weiteren Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, um den Bedingungen zu genügen, welche von der Kommission in den Schreiben vom 21. März und 13. April hinsichtlich des teilweisen Aufschubs für die während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen gestellt worden sind. Die Kommission bedauert, daß die deutsche Regierung mit diesen Maßnahmen nicht eher begonnen hat. Sie erkenne aber in Berücksichtigung der von der deutschen Regierung gegebenen Erklärungen an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat, und die neuen Maßnahmen, zu deren Ergreifung sie sich verpflichtet, eine ernstliche Anstrengung bilden, um den Forderungen der Kommission zu entsprechen. **Infolgedessen beschließt sie, den am 21. März bewilligten vorläufigen Zahlungsaufschub für einen Teil der während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplans zu bewirkenden Zahlungen zu bestätigen. Dieser Aufschub für das Jahr 1922 wird als mit dem 1. Juni, entsprechend dem letzten Abschnitt der Entscheidung Nr. 1841 vom 21. März 1922 endgültig**

Die Kommission nimmt zur Kenntnis, daß wegen der Einzelheiten der verschiedenen Abmachungen zur Erfüllung der von der Kommission gestellten Bedingungen ein Benehmen zwischen der deutschen Regierung und dem Garantiekomitee stattfinden wird. Sie vermerkt andererseits, daß die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld von der deutschen Regierung nur für den Fall als geeignet betrachtet werden, in die Praxis umgesetzt zu werden, daß Deutschland eine ausreichende Unterstützung durch eine auswärtige Anleihe erhalten kann. Die Reparationskommission hat darauf hingewiesen, daß der hiermit bestätigte Aufschub den gemäß Beschluß des letzten Abschnittes der Entscheidung Nr. 1841 in jedem Augenblick widerrufen werden kann, falls die Kommission später zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland es an der Erfüllung der festgesetzten Bedingungen fehlen läßt. Unbeschadet ihrer allgemeinen Befugnisse, welche sie sich im genannten Abschnitt vorbehalten hat, behält sich die Kommission ausdrücklich das Recht vor, den Aufschub zu widerrufen, falls sie zu irgendwelchem Zeitpunkte von dem Fortschritt der Regelung der noch in Schwebe befindlichen Fragen nicht befriedigt sein sollte, oder falls Deutschland in Ermangelung des von ihm gewünschten Hilfsmittels einer auswärtigen Anleihe die im Schreiben des Reichskanzlers vom 28. Mai 1922 hinsichtlich der Beschränkung der schwebenden Schuld im einzelnen aufgeführten Maßnahmen nicht ausführt und andere Abmachungen zur Regelung der Frage des Fehlbetrages im Haushalt und der schwebenden Schuld in einer die Kommission befriedigenden Weise statt dessen zustande kommen sollte.

Das polnische Gymnasium in Danzig.

Die „Gazeta Gdanska" meldet aus Thorn: In der letzten Sitzung des Stadtrates am 24. Mai wurden einstimmig — es stimmte sogar ein deutscher Stadtrat mit — ½ Million Mark jährlich zur Erhaltung des polnischen Gymnasiums in Danzig bewilligt.

Frankreich und der Wiener Kredit.

Senator Duasset hat in der Pariser Kammer einen Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Vorschüssen bis zu einer Höhe von 55 Millionen an die österreichische Regierung eingebracht. Er vertrat den Standpunkt, daß dem Unterstützungsversprechen, dessen mit Ungeduld erwartete Erfüllung allein verhindern könne, daß Deutschland die zum weiteren Bestehen unfähige Republik Oesterreich wenigstens zum Teil in sich aufsauge, eine greifbare Form gegeben werden möge.

Amerika und Haag.

Einer „Times"-Meldung aus Newyork zufolge hat das amerikanische Staatsdepartement mitgeteilt, daß die nichtformelle Einladung zur Beiwohnung an der Haager Konferenz („it in at the haague") von den alliierten Botschaftern übermittelt worden sei, daß die amerikanische Regierung jedoch unter Wiederholung ihrer Ansicht, daß Haag nur eine Fortsetzung der Genueser Konferenz sei, erwidert, sie sehe keine Möglichkeit, die Einladung anzunehmen.

Eine russisch-amerikanische Finanzaktion.

„Westminster Gazette" meldet aus Newyork: In Chicago sei eine russisch-amerikanische Korporation mit einem Kapital von 200 000 Pfund Sterling gebildet worden, um die jetzt bestehenden Tuchfabriken in Rußland, davon 8 in Moskau, gemeinsam mit der Sowjetregierung in Betrieb zu nehmen.

Die Ueberfremdung des Hausbesitzes.

In Berlin und anderen großen Städten Deutschlands ist ein großer Teil des in deutschen Händen befindlichen Hausbesitzes von Ausländern aufgekauft worden und diese Gefahr besteht auch weiterhin.

Dieser traurige Umstand hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag veranlaßt, an die Staatsregierung die große Anfrage zu richten, ob sie bereit sei, auf die Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Gesetzgebung fernerhin den Uebergang deutschen Hausbesitzes an Ausländer nicht fördere. Die Interpellation ist unterzeichnet von den Herren D. Dr. Campe, Moritz, Lawin, Stendel, Hemming, Freundel, Mulack, Bayer (Waldenburg) und den übrigen Mitgliedern der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

Der Schiedsspruch für die Berliner städtischen Arbeiter.

Das Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums fällte am Dienstagabend in Sachen der Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Berlins folgenden Schiedsspruch:

Auf den Stundenlohn des Schiedsspruchs vom April d. J. werden für Mai folgende Stundenlöhne für die städtischen Arbeiter gewährt. Für ungelernte Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren 14 Mark, nach einem Jahre 14,10 Mark; von 21 bis 24 Jahren 15,75 Mark bezw. 16,20 Mk.; über 24 Jahre 17,50 Mark bezw. 18 Mark; Angelernte Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren erhalten 14,40 Mark bezw. 14,80 Mark; von 21 bis 24 Jahren 16,20 Mark bezw. 16,65 Mark und über 24 Jahre 18 Mark bezw. 18,50 Mark. Handwerker: 15,30 bezw. 15,70 Mark 17,15 Mark bezw. 17,60 Mark, über 24 Jahre 19 Mark bezw. 19,50 Mk. Jugendliche sollen erhalten: 14jährige 7,35 Mark, 15jährige 18,35 Mark, 16jährige 9,35 Mark, 17jährige 10,50 Mark; mindererwerbsfähige: 14jährige 7,35 Mark, 15jährige 8,35 Mark, 16jährige 9,35 Mark, 17jährige 10,50 Mark; mindererwerbsfähige: 14jährige 6,75 Mark, 15jährige 7,75 Mk., 16jähr. 8,50 Mk., 17jähr. 9,50 Mk., 18- bis 20jähr. 10,50 Mk. 21—24jähr. 11,50 Mk und über 24 Jahre alle 12,50 Mk. Weibliche Arbeiter erhalten 75 v. H. die der Sätze für den Lohn für Mai. Die anwesenden Vertreter des Berliner Magistrats behielten sich Erklärungen vor. Auch die Vertreter der Arbeiter gaben keine Erklärungen ab. **Für die Stadt Berlin bedeutet dieser Schiedsspruch nur für den Monat Mai eine Mehrausgabe von rund 36 Mill. Mark.**

Kleine Nachrichten

DD. **Köln**, 1. Juni. Der berühmte Berliner Volkswirtschaftslehrer Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Max Sering ist von der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät zum Doktor honoris causa promoviert worden.

Berlin, 1. Juni. Die Schlächtergesellen des Berliner Zentralviehhofes sind gestern wegen Lohnstreitigkeiten in Ausstand getreten. Durch die Einführung von Vieh in geschlachtetem Zustand hofft man, die Versorgung der Großstadt mit Fleisch sicherzustellen.

Berlin, 1. Juni. Wie der Berliner Magistrat feststellt, beläuft sich der Schaden infolge des Februarstreiks der städtischen Arbeiter unter Berücksichtigung der entgangenen Einnahmen der städtischen Werke auf rund 40 Millionen Mark.

DD. **Eisenach**, 1. Juni. Der Chef der Polizei in Eisenach, Schuppert, ist vom thüringischen Staat zwangsweise beurlaubt worden, weil er kürzlich einen Verhafteten bei der Vernehmung geschlagen haben soll. Ein Straf- und Disziplinarverfahren gegen ihn ist eingeleitet worden.

Brurg-Brosse, 1. Juni. In einem Tunnel der eingleisigen Eisenbahnstrecke Brurg-Bellegarde fuhr gestern ein Personenzug auf einen Güterzug auf, der infolge eines Defektes im Tunnel stecken blieb und dessen Personal durch den Kohlendampf, der sich im Tunnel entwickelt hatte, betäubt war.

Bologna, 1. Juni. Durch Faszisten, die aus verschiedenen Gegenden, namentlich aus Ferrara, nach Bologna gekommen waren, wurden Unruhen hervorgerufen. Die Telegraphenleitungen wurden zerstört und einige Häuser von Sozialisten angezündet. Besonders richtet sich der Haß der Faszisten gegen die Genossenschaften, denen mehrere Häuser in Brand gesteckt wurden.

Kirche und Schule.

Die Volkshochschulen Westfalens

treffen sich zu einer Sonnenwendfeier am 24. und 25. Juni in Lüdenscheid. Hörer und Lehrer beteiligen sich daran. Am Samstag, den 24. Juni, spricht Dr. Walter Koch aus Kassel über „Die Geschichte in der Volkshochschule". Abends wird auf dem höchsten Punkte in der Umgebung Lüdenscheids ein Sonnenwendfeuer abgebrannt. Am Sonntag, den 25. Juni, ist Gottesdienst und dann weiteres Beraten und Feiern. Die Mitglieder der Lüdenscheider Volkshochschule wollen für Freiquartiere sorgen.

Ein allgemeiner ev. Frauentag

findet vom 12. bis 14. Juni in Bonn statt. Die evang. Frauenverbände haben sich mit ihren 18 Verbänden, die über 1½ Millionen evang. Frauen umfassen, zu einem großen einheitlichen Bunde zusammengeschlossen. Diese große öffentliche Veranstaltung ist mit Absicht nach Bonn a. Rhein

Die blaue Spur.

Detektivroman von Julius Regis.

Aus dem Schwedischen übersetzt von E. v. Kraatz.

Copyright 1917 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.

22) Nachdruck verboten.

„Es ist in den letzten Tagen vielfach von einer gewissen unbekannten, dunkelgekleideten Dame geredet worden, die in die Hesselmannsche Angelegenheit verwickelt sein soll", erklärte er. „Diese Dame ist nicht gefunden worden, doch infolge gewisser Aufklärungen erfordert der Gang der Untersuchung die Vernehmung einiger Zeugen in Bezug auf die Dame."

Er nannte die Zeugen, die sämtlich zur Stelle waren. Der erste war ein Milchwagenkutscher, der mitteilen konnte, daß in den letzten Tagen des Monats März in der Nähe der Lidingö-Brücke eine verschleierte Dame auf ihn zugekommen sei und ihn über den Weg nach der Hesselmannschen Villa ausgefragt habe. Er hatte ihr den Weg gezeigt, und sie hatte sich bedankt und war in der angegebenen Richtung weitergegangen.

„Wie kommt es, daß Sie so genau wissen, daß es in den letzten Tagen des Monat März war?" fragte der Richter.

„Weil die Gesellschaft mich wenige Tage später, am 1. April, in einen anderen Ausfahrbezirk versetzte."

„Können Sie die Dame näher beschreiben?"

Der Kutscher versuchte es, aber es gelang ihm nicht. Er wußte nichts weiter, als daß sie dunkel angezogen und verschleiert gewesen sei. Man ließ ihn abtreten, und nun wurde Pauline Hesselmann aufgerufen. Der Kommissar erinnerte sie an ihre Aussage über die unbekannte Dame, die kurz vor dem Mord bei ihrem Vater gewesen sei, und begann dann seine Fragen zu stellen.

„Können Sie den Zeitpunkt jenes Besuchs ungefähr angeben?"

„Nein, dazu bin ich nicht imstande. Es ist zu lange her."

„Aber es war am Nachmittag?"

„Ja, kurz vor unserer Essenszeit, die um sieben ist."

„Und Sie sagen, die Dame sei dunkel gekleidet gewesen?"

„Ja, und sie machte mir den Eindruck, als ob sie eine elegante Frau wäre."

„Und sie weinte, als sie Ihren Vater verließ?"

„Nein, sie war erregt, aber wie es schien, mehr aus Zorn, als aus Schmerz."

„Dauerte ihre Unterredung mit dem Doktor eine halbe Stunde?"

„Allerhöchstens."

„Ist es Ihnen bekannt, ob die Dame Ihren Vater mehrfach besucht hat?"

„Nein."

„Haben Sie sie vorher oder seitdem gesehen?"

„Nein."

„Haben Sie irgendeine Idee, wer sie sein kann?"

„Nein, nicht die geringste Ahnung."

„Ich danke Ihnen, das genügt."

Jetzt kam ein junger Bankbeamter an die Reihe. Dieser war am Abend des Mordes zu Fuß von Rogsten nach Lidingö heimgekehrt. Dicht am Lidingöer Brückenkopf war er einem großen, grauen Auto begegnet, das fast lautlos zur Brücke hinabsauste, und als es an ihm vorbeikam, hatte er in der offenen Karosserie eine elegante Dame in dunklem Straßenanzug und herabgezogenem Autoschleier gesehen, die bequem zurückgelehnt in einer Ecke saß.

„Um wieviel Uhr war das?"

„Etwa um elf."

„Es war ein sehr trüber Abend. Fuhr das Auto mit angezündeten Lampen?"

„Nein."

„Bemerkten Sie noch mehr Damen in dem Auto, oder war die Dame allein?"

„Es schwebt mir vor, als ob irgend jemand neben ihr gesessen hätte, aber ob Mann oder Frau, vermag ich nicht zu sagen. Ich glaube fest, daß es ein Mann war, — ein ziemlich kleiner Mensch."

Das Interesse der Zuhörer wurde wieder lebhafter. Bei den letzten Worten des Zeugen wurden hier und da Ausrufe laut. Alle dachten an das rätselhafte Individuum, das durchs Fenster gesprungen war.

Der Untersuchungsrichter stellte auch noch einige Fragen, aber Maurice Wallion hörte sie nicht mehr.

Pauline Hesselmann war plötzlich leichenblaß auf ihrem Stuhl zurückgesunken. Die Hitze und das Gemurmel, im Verein mit ihrer inneren Spannung verursachten ihr solche Kopfschmerzen, daß sie einer Ohnmacht nahe war. Wallion drängte sich zu ihr durch, und sie ließ es willenlos geschehen, daß er sie aus dem Saal hinausführte, oder vielmehr beinah trug.

Auf dem kühleren Flur setzte er sie auf eine Bank und verschaffte ihr ein Glas Wasser. Sie kam allmählich wieder zu sich und erhob sich nach einer Weile mit wankenden Knien.

„Bringen Sie mich aus diesem schrecklichen Hause fort!" bat sie. „O, mein Gott, wie sie mich peinigen, all die fremden Augen mit ihrer herzlosen Neugier!"

20.

Maurice Wallion entwickelte eine fieberhafte Tätigkeit. Er hatte seine Arbeit in drei Hauptlinien eingeteilt:

1. die Spur des Andern aufzusuchen;
2. überall, in Hotels, Pensionen und Fremdenkolonien nach der dunkelgekleideten Dame herumzuspüren; und
3. Nachforschungen nach dem grauen Auto anzustellen.

Bei diesen Angaben wurde er von Steno Beyler und andern jungen Berichterstattern des „Dagscurir" unterstützt, aber der Löwenanteil der Arbeit ruhte natürlich auf seinen eigenen Schultern. Er war es, der den Feldzugsplan entwarf, die andern waren Freiwillige, die gern ins Feld gingen.

Am Tage nach der Untersuchung sagte er zu Beyler:

„Mach alles ausfindig, was du übers Konsulat von Costazuela in Erfahrung bringen kannst."

„Warum denn das?", fragte sein Kollege verwundert.

„Das wirst du schon selbst sehen", erwiderte der Detektivreporter mit vielsagendem Lächeln.

Beyler schüttelte den Kopf und ging.

Nach drei Tagen suchte er Wallion in der Redaktion auf.

„Weißt du, wer Konsul für Costazuela ist?" fragte er, noch bevor er ihn begrüßt hatte.

Wallion spitzte seinen Bleistift fertig.

„Konsul Thander", erwiderte er und sah auf. „Sonst nichts weiter, als daß er in Deutschland geboren ist, aber seit langer Zeit in Schweden lebt und vor einigen Jahren das schwedische Bürgerrecht erworben hat."

„Ja so weit stimmt es", entgegnete der jüngere Journalist eifrig. „Aber nun hör' zu! Thander steht augenblicklich in lebhafter Verbindung mit Costazuela. Das ist für einen Konsul des betreffenden Landes an sich ganz natürlich, zumal da wir ziemlich viel dorthin exportieren, aber Konsul Thanders Tun und Lassen hat einen geheimnisvollen Anstrich. Ich gebe zu, daß ich mir noch nicht über die Sache klar bin, aber ich zerbreche mir den Kopf über seine zwei Kontoristen."

„Aha!" sagte Wallion.

„Wozu braucht Konsul Thander zwei Kontoristen für sein Büro? Das kommt mir unnatürlich vor, denn es gibt da kaum Arbeit für einen, geschweige für zwei erwachsene Männer."

„Seit wie lange hat er sie?"

„Seit ungefähr zehn Monaten."

„Schon so lange", murmelte Wallion stirnrunzelnd.

„Das ist übrigens noch nicht so merkwürdig wie der Umstand, daß die beiden jungen Leute so wenig Schwedisch können", fuhr Beyler fort. „Sie drücken sich sehr gebrochen aus und sind schwer von Begriffen. Nach meiner Ansicht sprechen sie ungefähr so gut Schwedisch, wie man in etwa einem Jahr erlernen kann. Mit einem Wort, als sie herkamen, können sie nicht mehr Schwedisch gelernt haben, wie ich Chinesisch."

Maurice Wallion saß mit zurückgelehntem Kopf und geschlossenen Augen da und trommelte mit den Fingern auf dem Tische.

„Sie sind also vor Jahresfrist aus dem Auslande gekommen?" fragte er.

„Ja."

„Und sind sofort im Konsulatsbüro angestellt worden?"

„Ja. Und keiner von beiden ist klein und schmächtig, und keiner von beiden ist eine verkleidete Frau!"

(Fortsetzung folgt.)

ins besetzte Gebiet berufen. Alle evang. Frauen sind herzlichst eingeladen. Programme verschickt das evang. Jugendamt, Bonn, Rathausgasse 2.

Das 400-jährige Jubiläum der ersten Lutherbibel

wird am 17. September des Jahres durch besondere Gottesdienste und Volksfeste gefeiert. Am 17. September werden es 400 Jahre, daß Luthers Neues Testament von Melchior Lotther in Wittenberg gedruckt und herausgegeben ist. Trotz des für die damalige Zeit hohen Preises von 1½ Gulden war die starke Auflage doch vor Ende des Jahres vergriffen.

Kunst und Wissen.

Dr. Ludwig Wüllner als Rosmer.

Im Stadttheater ging gestern Abend als zweites Wüllner-Gastspiel Rosmersholm von Ibsen mit Dr. Ludwig Wüllner als Rosmer in Szene. Die reife Kunst Wüllners wußte die strenger Logik gegenüber nicht recht standfeste Figur des Johannes Rosmer zu einer Idealgestalt zu formen, die die Größe dieses Darstellers in dem hellsten Lichte erscheinen ließ, die das Haus in Bann schlug. Ueber die Prachtleistung Wüllners hinaus drückten aber auch Frl Widmann als Rebekka West und Ernst Walter-Kottenkamp als Rektor Kroll dem Abend den Stempel eines ganz besonders hohen Kunstgenusses auf. Es verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden, daß der fein abgetönte Kroll Walter-Kottenkamps, wie auch der Wildling der Rebekka West von Frl. Widmann den Leistungen Dr. Wüllners vollkommen ebenbürtig zur Seite standen. Wir kommen morgen etwas ausführlicher auf diesen Ibsen-Abend zurück. Das gut besetzte Haus kargte nicht mit seinem Beifall und dieser war ein wohlberechtigter und wohlverdienter.

Gerhart Hauptmann-Festspiele in Breslau.

Die Gerhart Hauptmann-Festspiele werden in Breslau in der Zeit vom 10. bis 20. oder 21. August stattfinden. Es wird gleichzeitig in der großen Jahrhunderthalle, im Stadttheater und im Lobetheater gespielt werden. Als Spielleiter sind oder werden noch verpflichtet: Felix Holländer, der die gesamte künstlerische Oberleitung führt, Max Reinhardt mit dem die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, Karl-Heinz Martin, der vor allem die Aufführungen in der Jahrhunderthalle von „Florian Geyer" und den „Webern" inszenieren wird; Gerhart Hauptmann selbst, dessen „Indipohdi", Inszenierung aus Dresden mit dem ganzen Ensemble nach Breslau kommen soll; Barnowsky Fehling, der Regisseur der Berliner Volksbühne, dessen „Ratten"-Inszenierung als Ensemblegastspiel herüberkommt, Emil Lind und der Direktor der Vereinigten Schauspielbühnen in Breslau Paul Barnay. Möglicherweise wird diese Liste noch um den einen oder anderen Namen erweitert werden. Vorgesehen sind zwölf Stücke von Hauptmann, darunter als Eröffnungsvorstellung in der Jahrhunderthalle „Florian Geyer", und als zweites Stück an derselben Stätte „Die Weber". Für Stadt- und Lobetheater sind zur Aufführung bestimmt: „Fuhrmann Henschel", „Schluck und Jau", „Biberpelz", „Kollege Crampton", „Indipohdi", „Einsame Menschen", „Rose Bernd", „Die versunkene Glocke", „De Ratten", „Und Pippa tanzt", „Hanneles Himmelfahrt" und „Kaiser Karls Geißel". Was die Besetzung anbelangt, so hat bisher wohl noch selten bei einem deutschen Festspiel eine so große Zahl erster Namen gleichzeitig auf einem Programm gestanden. Mit Ausnahme von Paul Wegener, den seine Filmabschlüsse den ganzen Sommer über fesseln, wirken eigentlich alle großen deutschen Schauspieler und Schauspielerinnen mit, die als Hauptmanndarsteller in vorderster Linie stehen. Verpflichtet sind oder werden: Bassermann, Moissi, Jannings, Krauß, Kayßler, Wallenberg, Hans Marr, Winterstein, Diegelmann und viele andere, die sich auch zu kleinen Rollen verpflichtet haben. Von Damen werden u. a. mitwirken Lucie Höflich, Else Lehmann, Tilla Durieux, Käthe Dorsch und Helene Fehdmer.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt in ihrer Mittwochnummer zu den Festspielen:

Es scheint, daß Gerhart Hauptmann, noch bevor er im August seine Festspiele feiert, bereits Gegenstand unerquicklichen parteihaders werden soll. In der gestrigen Nummer des Berliner Tageblatts veröffentlicht der frühere Kultusminister Konrad Hänisch einen Artikel, in dem er sich in erregtem Ton gegen die Rechtsparteien — gemeint sind die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei — wendet, denen er vorwirft, die nationale literarische Einheitsfront, die sich für die Hauptmann-Festspiele gebildet haben soll, zu zerstören. Wie Hänisch berichtet, hat der deutschnationale Vizepräsident des preußischen Landtags, Herr v. Kries, sich im Einverständnis mit seiner Partei geweigert, den einladenden Aufruf der Reichsbehörden zu den Festspielen zu unterzeichnen, mit der Begründung, Gerhart Hauptmann sei nicht der Vertreter des deutschen Volkstums, als der er in dem Aufruf gefeiert werde. Daraufhin hat auch Herr Garnich, der volksparteiliche Vizepräsident, seine erst gegebene Unterschrift zurückgezogen, ebenso hat der Vertreter des Zentrums, Herr Porsch, nach eingeholter Meinung seiner schlesischen Parteifreunde sich geweigert, den Aufruf zu unterzeichnen. Diese Angelegenheit versetzt Hänisch in Erregung und veranlaßt ihn zu Vorwürfen, die nicht gerechtfertigt sind. Denn der Satz seines Artikels, daß Hauptmann ein Dichter sei, der keiner Partei angehöre, ist nicht so ganz richtig. Er hat Stellung genommen, und diese Stellung kennt in Berlin jedermann. Das weiß man seit dem November 1918, wo Hauptmann den Aufruf der sogenannten Geistigen mit unterzeichnete. Von der glücklicherweise erledigten geschmacklosen Anregung seiner Freunde, ihn als Reichspräsidenten aufzustellen, wollen wir gar nicht reden; dabei war er wohl selbst nicht beteiligt. Aber es dürfen sich Hauptmanns Freunde nicht wundern, wenn auch die Gegenstimmen laut werden. Und seine gesamtnationale Einschätzung scheint doch nicht so hoch zu sein wie sich Herr Hänisch einbildet, sonst hätte der schlesische Provinziallandtag in seinem eigenen Lande nicht den Beitrag zu den Festspielen gestrichen. Gerhart Hauptmann ist der Dichter seiner schlesischen Heimat und verdient als solcher hohe Anerkennung; wie ihn die gesamte Nation einschätzt, das werden wir erst in einigen Jahrzehnten sehen.

Die Speckaffäre im Amte Wattenscheid vor Gericht.

4. Tag.

Das Urteil.

L. **Bochum**, 1. Juni. Die Strafkammer verurteilte in dem Speckschieberprozeß des Amtes Wattenscheid den Amtmann Wagner wegen passiver Beamtenbestechung in Tateinheit mit Untreue und Urkundenvernichtung zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis und zum Verfall von 20 000 Mk. Schmiergeldern unter Freisprechung von der Anklage der Bestechung in zwei Fällen und der Beihilfe zur Preistreiberei, Schneider wegen fortgesetzter passiver Beamtenbestechung, Preistreiberei zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis, 25 000 Mk. Geldstrafe und zur Einziehung von 21 400 Mk. Ueberpreis, Schamberger wegen passiver Beamtenbestechung in Tateinheit mit Untreue zu 8 Monaten Gefängnis und Verfall von 22 000 Mk. Schmiergeldern. Außerdem erkannte das Gericht bei den Angeklagten Wagner und Schneider auf Aberkennung des Rechtes, 5 Jahre hindurch ein öffentliches Amt zu bekleiden.

In der Urteilsbegründung,

die Landgerichtsdirektor Schulte gab, wurde ausgeführt, daß durch die auf dem Amte geübte Verschleierung und die sehr mangelhafte Buchführung ferner durch Vernichtung der Urkunden der Nachweis der Verschuldungen nur zum Teil erbracht werden konnte. Wagner habe seine Amtspflichten grob verletzt, er ließ die Giftpflanze der Korruption im Amte Wattenscheid erstehen. Pflichtwidrig und zum Nachteil des Amtes handelte er auch beim Abstoß des Lebensmittellagers, bei welchem er Schneider Minderpreise gewährte, die sich nicht gehörten.

Mit der Ablehnung des Antrages auf Einsetzung einer Lebensmittelkommission durch die Mehrheit der Amtsversammlung habe sich diese moralisch mitschuldig an den Verfehlungen des Amtmannes gemacht.

Mit der Ablehnung dieses Antrages sei das Verhängnis begonnen. Das Gericht ist der Ansicht, daß Wagner schon bei Betätigung der Kaufverträge sich Geldgeschenke und sonstige Vorteile habe versprechen lassen. Er hat das Lager unter Preis verkauft. Die Verträge mußten verschwinden, weil sie hinsichtlich der Warenpreise das Tageslicht nicht vertragen konnten. Das erhellt auch aus dem Geständnis des Angeklagten Kortmann und aus den Bedenken, die Schamberger geäußert hat. Nicht zum Vorteil des Amtes, sondern aus Eigennutz heraus hat Wagner die Geschäfte mit Schneider gemacht. Auch in der Speckgeschichte handelte Wagner pflichtwidrig und höchst eigennützig auf Kosten und zum direkten Nachteil des Amtes. Das beweist auch die Ablehnung des Neugeldes von 500 000 Mk.

Freisprechung mußte in der Anklage der Preistreiberei erfolgen, sowie in den Bestechungsfällen Schmidt und Salomon, die nicht ganz aufgeklärt sind. Schneider habe sich von schnöder Profitgier leiten lassen. Durch Bestechungen wußte er sich den Amtmann gefügig zu machen und sorgte auch durch Zuwendungen dafür, daß Schamberger, der Verwalter des Lebensmittellagers, „dicht" blieb. Kortmann mußte nach der strafrechtlichen Seite hin freigesprochen werden. Wagner seien mildernde Umstände zugebilligt worden. Wäre er ein Mann der alten Schule gewesen, würde gegen ihn zweifellos auf Zuchthaus erkannt sein, doch kam er zum Amte in der nachrevolutionären Zeit, in der die Giftpflanze der Korruption üppig emporwuchs. Zu dem Amte des Amtmannes besaß er nicht die erforderlichen Charaktereigenschaften. Er war ein tüchtiger Beamter, solange er unter Aufsicht stand. In den Kapputschtagen habe er sich Verdienste um den Schutz der Bevölkerung des Amtes erworben.

Es müsse aber mal festgestellt werden, daß Staat und Gemeinden mit solchen Beamten nicht weiterkommen, sie gehören nicht an der Spitze der Kommunalverwaltungen.

In Schneider erblicke man den Urheber der Schiebungen im Amte Wattenscheid. Er verführte den Amtmann. Gegen ihn durfte die Strafe nicht gering sein. Die Geldstrafe gegen ihn wäre höher ausgefallen, wenn das Gericht den Nachweis des Vorhandenseins eines größeren Vermögens gehabt hätte.

Das Grubenunglück auf Zeche Amalie.

18 Tote und 29 Verletzte geborgen.

5 Mann noch vermißt.

TU **Essen**, 1. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich die Explosion im Ostfeld der Zeche Amalie zwischen der 6. und 7. Sohle ereignet. Der Herd der Explosion ist in der 1. oder 2. östlichen Abteilung zu suchen. Genauere Feststellungen müssen der Bergbehörde vorbehalten bleiben. Da die Explosion in der Hauptwetterstrecke der 7. Sohle hineingeschlagen ist und hier starke Zerstörungen angerichtet hat, gestaltet sich die Rettung der Verletzten und die Bergung der Toten außerordentlich schwierig. Die Rettungsmannschaften konnten nämlich nicht, wie sonst üblich, mit dem einziehenden Wetterstrom, der die Explosionsgase vor sich hertreibt, vordringen, sondern mußten von der Wettersohle aus den Gasen entgegengehen und die Verunglückten und Toten aufwärts zur 6. Sohle transportieren. Bis heute morgen um 6 Uhr sind 18 Tote und einige Verletzte geborgen worden, deren Verletzungen wie es scheint, zu keinen Bedenken Anlaß geben. 12 Mann werden noch vermißt. Zu dem Rettungswerk sind außer den Nachbargruben und der Rettungszentrale des Bergbauvereins auch die Rettungstruppen von Rheinelbe, Shamrock und General Blumenthal herbeigeeilt; ebenso wurde auch, wie schon berichtet, von anderen Stellen in bereitwilligster Weise Hilfe geleistet, so von der Stadt Essen, der Kruppschen Feuerwehr, den Sanitätskolonnen und der Sicherheitspolizei.

Amtlicher Bericht des preußischen Oberbergamts. Die Explosion auf Schachtanlage Amalie in Essen, hat einen größeren Umfang gehabt, als zunächst angenommen worden ist. Sie hat bisher an Opfern 18 Tote und 29 Verletzte gefordert. 5 Mann werden zur Zeit noch vermißt. Es wird vermutet, daß sie in einer durch die Explosion zu Bruch geworfenen Strecke verschüttet sind. Sämtliche übrigen Strecken und Baue sind frei. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten haben wieder eingesetzt und werden mit dem größten Nachdruck betrieben.

Die Explosion ist allem Anschein nach in der Hauptsache eine reine Kohlenstaubexplosion gewesen. Sie ist nach den bisherigen Feststellungen ausgegangen von einem abgeworfenen Blindschacht, den sie in der 2. östlichen Abteilung zwischen der 673 und der 548-Meter-Sohle, in dem eine Bremsscheibe ausgebaut werden sollte. Wahrscheinlich ist hierbei von dem damit beauftragten Beamten verbotswidrig geschossen worden, wobei der vorhandene Kohlenstaub zur Entzündung gebracht worden ist. Die Bergbehörde hat unter Zuziehung der Betriebsräte die Untersuchung aufgenommen.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Lage in Oberschlesien.

w **Kattowitz**, 2. Juni. Gestern kamen die Gewerkschaften aller Richtungen, polnische wie deutsche, zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch die Aufruhrakte geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Es wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Terrorakte unter allen Umständen zu verurteilen seien. Aus Vertretern der deutschen und polnischen Gewerkschaften soll eine ständige Kommission gebildet werden, die im engsten Zusammenwirken mit den in Frage kommenden Behördenund den beteiligten Arbeitgeberverbänden eine Verhinderung der Terrorakte anstreben soll. Den Flüchtlingen soll die Rückkehr an die alte Arbeitsstätte ermöglicht werden. Falls hierbei unüberwindliche Schwierigkeiten entstehen sollten, muß die Kommission eine Auswechslung der beteiligten Personen in die Wege leiten. Ferner ist es Aufgabe der Kommission, bei der Unterbringung der Flüchtlinge sachverständig mitzuwirken.

Die Blätter melden über die polnischen Unruhen in Laurahütte. Das Gebäude der Laurahütter Zeitung wurde durch Handgranaten zerstört und geplündert. Der Bergwerksdirektor Holpk wurde von polnischen Banditen in seiner Wohnung fast totgeprügelt. Eine Anzahl von Geschäften in Laurahütte wurde ausgeplündert. Die Möbelwagen auswandernder Deutschen werden umgeworfen und die Deutschen mißhandelt. In Eichenau wurde auf die Postagentur ein Ueberfall verübt und Geld und Wertpapiere geraubt, der Postverwalter schwer mißhandelt. Nachdem zahlreiche Geschäfte geplündert waren, verließen die Geschäftsleute den Ort fast sämtlich. In Bentschen sind über 150 deutsche Flüchtlinge angekommen. Ebenso suchen in Hindenburg und Gleiwitz zahlreiche Flüchtlinge Unterkunft. Der Ort Ruda wird von einer, meist aus auswärtigem Gesindel bestehenden Bande von über 100 Mann terrorisiert. Die Eisenbahndirektion Kattowitz meldet erhebliche Betriebsstörungen, da deutsche Eisenbahner sich weigern, in das polnische Gebiet einzufahren und umgekehrt die polnischen Angestellten nicht in den deutschen Teil Oberschlesiens fahren wollen. Wie systematisch zur Ausrottung der Deutschen aus dem Polen zuerkannten Teile Oberschlesiens gehetzt wird, beweist ein Leitartikel einer polnischen Zeitung, worin laut Lokalanzeiger es heißt: Die Ausrottung und Ausweisung der Deutschen mit oder ohne Möbel ist die erste Pflicht sowohl der Regierung als der polnischen Volksgemeinschaft. Ohne uns um unsere Regierung weiter zu bekümmern, die durch eine Reihe von Abmachungen gebunden ist, welche die deutsche Minderheit schützen, müssen wir unsere wackere Bevölkerung an die Pflicht erinnern, die Deutschen aus sämtlichen industriellen, landwirtschaftlichen und anderen Zentren auszurotten.

Die Uebergabe Oberschlesiens beginnt nach dem Tageblatt etwa um den 10. Juni und beansprucht ungefähr 14 Tage. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen wird aber erst endgültig am 1. Juli gezogen sein. Darauf werden sofort die Vorarbeiten für die Autonomieabstimmung in die Wege geleitet.

Bayerns zuverlässige Polizei.

w. **München**, 2. Juni. In der heutigen öffentlichen Landtagssitzung führte der Minister des Innern, Dr. Schweyer, bei Beratung seines Etats aus, aus dem Vorgehen des Generals Nollet gegen die Landespolizei drohe uns eine schwere Gefahr. Bayern betonte den landespolizeilichen Charakter seiner Landespolizei stets scharf. Sie war genau so wenig militärisch wie etwa die Münchener Schutzmannschaft. Die Polizei müsse ein Instrument in der Hand des Staates bleiben. Es sei zu hoffen, daß die Prüfung der Rechtslage die ehemaligen Gegner zu der Erkenntnis bringen werde, welch schweres Unrecht uns angetan würde, sollte mit Gewalt auf die Erfüllung der erhobenen Forderungen bestanden werden. Im Verhältnis Bayerns zum Reich sei auch das polizeiliche Gebiet von größter Wichtigkeit. Bei den Verhandlungen über den Ausnahmezustand im vergangenen September, erreichte Bayern, daß den Regierungen der Länder ausdrücklich das Recht zuerkannt wurde, auch weitgehende außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung zu verfügen. Den Umstand, daß auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes die Ruhe im Lande aufrechterhalten blieb, führte der Minister darauf zurück, daß der denkende Teil es satt bekam, die eigene Haut fanatisierten Wirrköpfen zu opfern; zum Teil sei auch die Ursache, daß gewisse sogenannte Führer wissen, daß die Regierung alle Bewegungen aufmerksam verfolgt und wohlgerüstet dasteht. Endlich spiele die absolute Zuverlässigkeit aller Polizeiorgane eine Rolle. Auf dem Gebiet der Politei müsse der Reichsunitarismus ausgeschlossen sein. Die bayerische Regierung sei entschlossen, gegen jede direkte oder indirekte Einmischung in bayerische Verhältnisse, besonders gegen das Ehrgeiz, vorzugehen. Er könne nicht zugeben, daß gegen über den unerfreulichen Erscheinungen des politischen Radikalismus mit zweierlei Maß gemessen werde. Der Minister erklärte weiter, den angekündigten nationalsozialistischen Kundgebungen anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten Ebert könne mit Ruhe entgegengesehen werden. Die Polizei habe alle erforderlichen Maßnahmen getroffen und werde derartige Kundgebungen zu verhindern wissen.

Poincares Rede in der Kammer.

TU. **Paris**, 2. Juni. Poincare hat gestern nachmittag in der Kammer seine große Antwortrede auf die verschiedenen Interpellationen gehalten. Er sprach drei Stunden lang. Das wichtigste ist, was er zum Verhältnis gegenüber England, d. h. in der Frage der Politik gegenüber Deutschland, sagte. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die französische Regierung von ihrem Recht auf Sonderaktionen gegen Deutschland nichts aufgeben werde. Poincare hat sich also in direkter Gegensatz zu Lloyd George gestellt, der vorgestern im Unterhause erklärte, daß die englische Regierung für Aufrechterhaltung der Entente mit Frankreich sei, aber ein französisches Recht auf Sonderaktionen gegen Deutschland nicht anerkennen könne. Man sollte zwar meinen, namentlich, weil Lloyd George dies ausdrücklich erklärt hat, daß die ganze Frage gegenwärtig nicht mehr aktuell ist und gar nicht mehr beschlossen werden kann, da der 31. Mai glücklich vorübergegangen ist, ohne daß die Frage eines Einmarsches ins Ruhrgebiet greifbar wurde, nachdem die Note der Reichsregierung die Zustimmung der Reparationskommission gefunden hat. Allein, wie schon aus dem letzten Artikel des Temps zu ersehen ist, steht zu befürchten, daß die Verhandlungen der internationalen Bankierkonferenz sich zerschlagen. Gestern abend wurde nämlich in amtlichen französischen Kreisen erklärt, die internationale Bankierkonferenz hätte die von der französischen Vertreter gestellten Bedingungen für die Reparationsanleihe abgelehnt. Die Frage ist natürlich umgedreht worden. Tatsächlich ist es so, daß der französische Vertreter in der Reparationskommission die von den Bankiers gestellten Bedingungen ablehnte. Die französische Regierung will nicht, daß die Reparationsanleihe nur unter der Bedingung zustande kommt, daß die Reparationslasten herabgesetzt werden.

Frankreich und die Haager Konferenz.

w **Paris**, 2. Juni. Im Namen der radikalen und sozialradikalen Gruppe der Kammer hat der Abgeordnete Renardt eine Tagesordnung zur Debatte über die auswärtige Politik eingebracht, die sich klar dahin ausprägt: Frankreich wird eine aufrichtige Politik des Einverständnisses mit seinen Alliierten betreiben und sich an der Haager Konferenz beteiligen.

Das internationale Anleihekomitee ist gestern nachmittag wieder zu einer Sitzung zusammengetreten.

Poincare reist nach Metz.

TU. **Paris**, 2. Juni. Am nächsten Sonntag reist Poincare nach Metz, um der endgültigen Fertigstellung eines Denkmals für den Poilu beizuwohnen. Vorher wird er der Stadt Verdun eine Medaille überreichen. Bei beiden Anlässen wird Poincare seine bekannten Reden über die französische Friedensliebe halten.

Bochum, 2. Juni. Heute nacht gegen 3 Uhr brach im Dachstuhl des Hauses Malteserstraße 14, Gummerichhof, wo ein Teil der Schupo untergebracht ist, ein Brand aus, der rasch um sich griff und die Nacht taghell erleuchtete. 3,03 Uhr rückte die städtische Brandwache zur Feuerstelle ab. Ueber die Entstehungsursache und den Umfang des noch nicht gelöschten Brandes konnten wir näheres zur Stunde nicht erfahren.

Berlin, 2. Juni. In Itzehoe sind nach dem Genuß von Pferdefleisch 22 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Das Fleisch stammte von einem infolge Beinbruchs geschlachteten Pferde. Das Fleisch war ordnungsgemäß untersucht und abgestempelt.

Berlin, 2. Juni. „B. Z. am Mittag" zufolge gerieten gestern im alten Lager bei Jüterbog zwei Reichswehrsoldaten mit dem 25jährigen Arbeiter Borchard aus Treuenbrietzen in Streit, in dessen Verlauf der Soldat Branschs aus Werder den Borchard durch einen Revolverschuß tötete.

w. **Neustrelitz**, 2. Juni. Auf dem Staatsbahnhof explodierte heute vormittag kurz nach 1 Uhr in einem Güterwagen eine Ladung von Sicherheitskapseln, die vermutlich zum Sprengen von Holzstubben bestimmt war. Ein Rangierer wurde getötet, der Güterwagen und viele Fensterscheiben in der Nähe des Bahnhofs zertrümmert. Licht- und Fernsprechleitungen erlitten Schaden.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel, Sport und letzte Nachrichten: i. V.: Willi Lindner; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwind für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Für die Pfingstnummer

wolle man uns größere Anzeigen bis heute mittag 1 Uhr zukommen lassen. Alle sonstigen Anzeigen für diese Ausgabe können noch bis abends 7 Uhr abgegeben werden.

Tonhalle

Ein ganz überwältigendes
Riesenprogramm

Der grosse
Albertini-
Schlager:
Durch Kerker u. Paläste von San Marco!

3. Teil:
Stürzende Mächte!

6 Akte — In der Hauptrolle: — 6 Akte

Der Meister-Sensationsdarsteller:
Luciano Albertini

Die Schreckens-Mühle!
Detektiv-Sensationsfilm in 5 Akten.

Der Ehekrüppel
Lustspiel in 4 Akten mit Lucie Doraine

Des großen Lacherfolgs wegen verlängert:



Chaplin bei Anna Boleyn!

An den beiden Pfingst-Feiertagen
vollständig neues Programm!
Beachten Sie unsere morgige Annonce!!!

Tonhalle

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.

Freitag, 2. Juni, 5½—10½ B. 27.
„Tristan und Isolde"
B. V. B. I 501—550 und 101—200 II 76—125.

Samstag, 3. Juni, 6½—11 C. 26.
„Das Wintermärchen"
B. V. B. I 551-650 u. II 26-50

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 334

Heute Freitag zum vorletzten Mal abends 8 Uhr
Stürmischer Erfolg

Die 3 Zwillinge
Schwank in 3 Akten.

Ab Montag, 5. Juni 2. Feiertag abends 7½ Uhr
Zum ersten Male
Im Damencoupé.
Schwank in 3 Akten.



Trau-Ringe
noch sehr billig.
Beielstein
Kortumstr. 18

Alt Gold, -Silber,
(kein deutsches Silbergeld)
Brillanten, Alt Platin
kauft ständig
Gust. Arbeiter
Goldschmied.
A B C - Straße 13.

Nähmaschinen
in allen Ausstattungen äußerst billig.
Reparaturen
aller Systeme prompt u. billig. 116 4
W. Langohr, Bochum, Kronenstraße 49 II.

Hervorragende Neuheiten in
gerahmten Bildern
aller Art.
Farbige Kupferdrucke, Radierungen und Heliochroms.
Spezialität:
Schlafzimmerbilder
in vornehmer und stilgerechter Einrahmung
Reichste Auswahl und billigste Preise.
Neuheiten in Kunstblättern.
Mummeltheysche Zentralbuchhandlung
Bochum
Obere Marktstraße 81.
Telefon 3968.

Trauringe
massiv Gold
Große Auswahl
billig
Langen
Goldschmiedemeister
Bochum, Humboldtstr. 27.

Die öffentliche
Wettannahme-stelle
für Bochum befindet sich jetzt im Zigarrenhaus
BEM SASS
Bochum,
Obere Marktstr. 38 a.
Daselbst Annahme von Wetten für alle deutschen Rennen vor und am Renntage.

Ringe — **Ringe**



Enorme Auswahl — Ausgewählte Muster
Silber 800 gestempelt — Gold 333 gestempelt

Uhren-Rave
Bongardstraße 28. Telefon 2593.
— Beachten Sie meine Schaufenster. —

Eisen ⚒ Metalle
und Felle
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Levy Nachfolger, Bahnhofstr. 13 Telef. 2094

Wandervogel-Touristen-Ausrüstung

Rucksäcke
Touristen-Kocher
Schraubdosen
Reisebestecke
Trinkbecher
Feldflaschen
Eierhülsen
Seifendosen
Thermosflaschen
Essenträger
Salz- und Pfefferstreuer
in besten Qualitäten zu mäßigen Preisen.

Extra billig: Eine große Partie **Spazierstöcke** schon von 25 Mk. an.

A. Reichenberg, Bochum
Hauptgeschäft: Obere Marktstr. 4 — Filiale: gegenüber der Hauptpost.

Bekanntmachung.

In dem Verzeichnis der Wasserläufe zweiter Ordnung (§ 4 des Wassergesetzes vom 7. April 1913) sollen folgende Berichtigungen vorgenommen werden:

1. Natürliche Wasserläufe

Bezeichnung des Wasserlaufs	Endpunkt des Wasserlaufes bisher		Endpunkt des Wasserlaufes künftig	
Dornebuger Mühlenbach	Anschlußbahn der Zeche Constantin der Große, Harpen	Haus Dornebrg	Anschlußbahn der Zeche Constantin der Große, Harpen	Eisenbahn Herne-Bochum-Riemke

2. Künstliche Wasserläufe

Dornebuger Mühlenbach	bisher Haus Dornebrg	Hüllermühlenbach	künftig Eisenbahn Herne-Bochum-Riemke	Hüllermühlenbach

Einwendungen hiergegen können innerhalb 6 Wochen bei dem Herrn Landrat in Bochum erhoben werden.

Harpen, den 1. Juni 1922.

Der Gemeindevorsteher: Kannenberg.

Stadt Bochum

Vorläufige Zahlung der direkten Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1922.

Auf Grund des Gesetzes zur Aenderung des Kommunalabgabengesetzes vom 11. April 1922 (G.-S.-S. 80) ist durch Gemeindebeschluß bestimmt, daß bis zur endgültigen Veranlagung der Realsteuern die im Vorjahre erhobenen Grundsteuern, Gewerbesteuern und Betriebssteuern während des ersten Halbjahres des Rechnungsjahres 1922 vorläufig weiter zu zahlen sind. Die vorläufig gezahlten Steuerbeträge werden auf die endgültig veranlagten Steuern verrechnet. Bleibt die endgültige Veranlagung hinter der Veranlagung des Vorjahres zurück, so werden überzahlte Beträge den Steuerpflichtigen erstattet.

Die im Rechnungsjahre 1921 zu den Realsteuern veranlagten Steuerpflichtigen werden daher **aufgefordert**, die erste am 15. Mai 1922 fällig gewordene Vierteljahrsrate sofort, spätestens aber bis 15. Juni 1922, die zweite Vierteljahrsrate spätestens bis 15. August 1922 an die Städtische Steuerkasse im Verwaltungsgebäude 4, Trankgasse 7, Eingang C während der üblichen Kassenstunden — unter Vorlegung des vorjährigen Steuerzettels — zu zahlen. Rückstände werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

Bochum, den 1. Juni 1922.

Der Magistrat.

Gemeinde Gerthe.

Bekanntmachung.

Der Entwurf zum Haushaltsplan der Gemeinde Harpen für das Rechnungsjahr 1922 liegt von Samstag, den 3. Juni 1922 ab 14 Tage lang zur Einsicht der Gemeindeeingesessenen im Amtshause, Zimmer 7, offen.

Gerthe, den 31. Mai 1922.

Der Amtmann: Ibing.

Bekanntmachung.

Der Entwurf zum Haushaltsplan der Gemeinde Gerthe für das Rechnungsjahr 1922 liegt von Samstag, den 3. Juni 1922 ab 14 Tage lang zur Einsicht der Gemeindeeingesessenen im Amtshause, Zimmer 7, offen.

Gerthe, den 31. Mai 1922.

Der Amtmann: Ibing.

Ausbildung z. Chauffeur 8135
erfolgt für jedermann in der Bochumer Chauffeur-Schule. Annahme: Hernerstr. 80. Eintritt jederzeit



Personen-Schiffahrt
Herne-Henrichenburg

Fahrplan:
An Sonn- u. Feiertagen ab Mitte Mai bis Mitte September auch an jedem Mittwoch.
Abfahrt ab Herne: 3³⁰ Uhr nachm.
Abf. ab Henrichenburg: 6³⁰ abends.
Sonderfahrten nach Vereinbarung.

Auskunft:
Karl Schmidt, Dortmund Bootshaus. Fernr. 7244
u. Bootsführer Schmitz, Herne, Bismarckstraße 28 Fernr. 932.

Klavier zu vermieten.
Robertstr. 4, part.

Kaufgesuche

Säcke
sämtl. Sorten aus Jute und Papiergewebe kauft
S. Fischer,
Sackgroßhandlung
Friedrichstraße 28
Wohnung: Neustraße 2
70040 Telefon 1871.

Flaschen
kauft
Albert Janzik,
Maarbrückerstraße 12.
Telefon 1036.

Goldankauf
E. Beielstein,
Kortumstraße 18.

Verkäufe

Grammoph.-Platten
Moderne Tänze, neue Schlager in größter Auswahl eingetr. 11445
A. Wolters, Friedrichstr. 9

Gute Oelgemälde
mit und ohne Rahmen zu verkaufen.
Ludwig, Dorstenerstr. 175

Schuhmacher-Kolibri-Maschine,
gut nähend, billig zu verkaufen. F. Nengelken

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten dir. an Private. Katalog 26 H. frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thr.)

Empfehle:
Ia. Hafer
Ia. Weizenkleie
Ia. Gerste
Ia. Gerstenmehl
Ia. Mais
Ia. Maisfuttermehl
Ia. Maisgrütze
Ia. Kückenfutter
A. Barenberg,
Bochum,
Kreuzstraße 11.

Kartoffeln
gesunde, einwandfreie Ware, von Mk. 250.— an.
Max Galewsky,
Bochum, Brückstraße 11.

Schönes
Etagenhaus
in bester Lage Ehrenfelds zu verkaufen.
Näheres unt. Nr. 11654 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Futter-kartoffeln
hat preiswert abzugeben
A. Barenberg,
Bochum, Kreuzstraße 11.



Zur modernen Damenmaskerade
von
Ph. Nimphius
Bongardstr. 18
(neben der Tonhalle.)

Fahrräder
Wanderer
Opel
Görlicke
Anker
Kayser
in großer Auswahl billigst bei
H. Heiland, Herne
Bahnhofstraße 3.
Eigene Reparaturwerkstatt.

Moderne nach
Künstler-Entwürfen
ciselierte sowie glatte
Verlobungs-Ringe
in Gold und Silber.
H. Gräwe Inh. **Fr. Kattwinkel**
Bochum, Hochstr. 20.

Futterkartoffeln
gute Ware, billigst.
Steden, Altenbochum, Wittener- und Schulstr.-Ecke.

Zentralheizungen
Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs-Anlagen
Waschkauen, 8114
Albert Staubach, Jng.
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Stimmungen und Reparaturen
von Pianos 2c. übernimmt
Pianohaus J. Marks, Kaiser-Wilhelmstraß



Nehmen wir HEKRO das einzig-Rechte!
HEKRO ist gut
HEKRO strahlt
HEKRO eilt
HEKRO spart
HEKRO EXTRA
pflegt den feinen Schuh
Die Stiefel halten länger
Alleinerzeuger HEKRO WERKE Dortmund

Tapeten
pro Rolle von 4 Mk. an
Schnelltrocknende Lack-Leinölfarbe für Fußböden
Ww. Levy's Tapetenlager,
Bochum,
Ecke Pariserstraße
gegenüber Aisberg od. bei Fischer um die Ecke
Eine elektr. Fahrt wird bis 4 M. vergütet.

Sofas
Klub-Sofas
Chaiselongues
Matratzen
werd. in best. Ausführung zu billigsten Preisen angefertigt in der
Polsterei
A. Wagener,
Bochum
Brückstr. 63. Brückstr. 63.

Bekanntmachung.
Samstag, den 3. Juni, vormittags 10 Uhr, wird hier im Freiladegeleise
1 Wagen
Kartoffeln
17 000 Kilo
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.
Güterabfertigung Bochum-Riemke.

Fleischverteilung.

Am Sonnabend, den 3. Juni 1922, vormittags von 7—11 Uhr wird auf der Freibank im städtischen Schlachthof minderwertiges Rind- und von 11—12 Uhr gekochtes Pferdefleisch an jedermann verkauft.

Eingang zur Freibank nur von der Thomasstraße aus.

Die Schlachthofdirektion.

Nr. 128. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag. 2. Juni 1922.

Der Haushaltsplan unter Dach und Fach.

Annahme der Deckungsvorlage des Magistrats.

Stadtverordneten-Sitzung
von Donnerstag, 1. Juni.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte nur eine Tagesordnung von vier Punkten zu erledigen. Wenn diese trotzdem von 4 Uhr bis gegen 9,30 Uhr Stoff zur Beratung und Aussprache bot, so ist das zurückzuführen auf den Hauptpunkt aller Stadtverordnetenversammlungen: den Jahreshaushaltsplan. Wenn die Stadtväter schon in Friedenszeiten an dieser Nuß arg zu knacken hatten, so ist das heute, bei der ständig gleitenden Geldentwertung und den hohen Kriegslasten, ferner bei der gänzlich umgestellten Steuergebarung eine noch viel schwierigere Sache. Umso größere Anerkennung muß man den Stadtvätern und vor allem der Stadtverwaltung zollen, daß sie allen Schwierigkeiten zum Trotz das Stadtschiff auch in diesem Jahre wieder einigermaßen sicher durch die verschiedensten Steuerkanäle in den rettenden Hafen eingeführt haben.

Der Kampf war diesmal gar nicht so sehr heftig. Nachdem man zunächst beschlossen hatte, bis zur endgültigen Veranlagung der Realsteuer die im Vorjahre veranlagten Steuerbeträge weiter zu erheben, fand man sich ohne Einwand damit ab, daß die Hundesteuer auf 400 Mark für den ersten, 800 Mark für den zweiten und 1000 Mark für den dritten Hund festgesetzt wird. Dann versenkte man sich in den Haushaltsplan, zu dem zunächst die Sprecher der einzelnen Fraktionen Stellung nahmen. Für das Zentrum sprach Staatverordn. Nocke. Er befand die Magistratsvorlage für gut und empfahl ihre Annahme. Nach ihm hatte Thöne von den Mehrheitssozialisten das Wort. Er fand bei der Gewerbesteuer ein Haar in der Butter und glaubte aufgrund der Jahresabschlüsse der großen industriellen Werke zu der Annahme berechtigt zu sein, daß man hier mehr herausholen und die Gewerbesteuer auf ein Mehr von 81 Millionen bringen könne. Er ließ hierbei auf die Steuerpolitik der Vergangenheit ein rötliches Streiflicht spielen und warf den Werken vor, sie hätten in den Jahren vor dem Kriege zu ihren Gunsten die Steuern gemacht, während es heute Zentrumssache sei, gleichfalls schonend mit der Industrie zu verfahren. Er wurde nicht unwidersprochen gelassen. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Dr. Küppers, wies diese Anschuldigungen gegen die Industrie zurück, im übrigen unterstützte Redner die Magistratsvorlage. Stadtv. Weth von den Deutschnationalen sprach sich gleichfalls für die Vorlage aus, ebenso Stadtv. Lorenz von den Demokraten. Die Durchberatung des Etats brachte eine Fülle von Anregungen und Anträgen, denen zum Teil stattgegeben wurde. Bei der Abstimmung über zwei mehrheitssozialistische Anträge, von denen der eine sich auf die Gewerbesteuererhöhung, der zweite sich auf Streichung von 500 000 Mark für Verwaltungsgebühren bezog, kam es zu einem jener Eiertänze, bei denen man nicht zum Entschluß kommen kann. Als dann namentliche Abstimmung über den Antrag betr. Verwaltungsgebühren erfolgte, siegten die Mehrheitssozialisten. Die Gewerbesteuervorlage wurde in der Fassung des Magistrats angenommen. Der Gesamthaushaltsplan fand darauf Annahme, und, ledig aller Pflicht, lief die Versammlung spornstreichs auseinander.

*

Die Sitzung wird um 4 Uhr vom Stadtv.-Vorsteher Diekamp eröffnet. Er gibt zunächst einige Eingänge bekannt. Darauf wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Wahl von 3 bis 4 Stadtverordneten in den Museumsausschuß.

Gewählt werden die Stadtverordneten Sommerlad, Knepper und Hengenius.

2. Weiterzahlung der im Vorjahre veranlagten Steuerbeträge bis zur endgültigen Veranlagung der Realsteuer.

Nach dem Vorschlage des Berichterstatters Schäfer beschließt die Versammlung, die im Vorjahre veranlagten Steuerbeiträge vorläufig weiterzuerheben.

3. Hundesteuer.

Der Bezirksausschuß hat den ersten Beschluß, betr. Festsetzung der Steuer auf 400 Mark für den ersten, 1000 Mark für den zweiten, 2000 Mark für den dritten Hund nicht genehmigt. Er schlägt 400, 800 und 1000 Mark vor. Der Magistrat schließt sich dem Vorschlage an. Die Stadtverordneten beschließen demgemäß.

4. Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922.

Stadtv. Nocke (Zentr.) nimmt zunächst zu einigen kulturellen Fragen Stellung. Zum Haushalt der Volksschule wünscht er, daß die Fahrradelerschule bald wieder geräumt und ihrem eigentlichen Zwecke wieder dienstbar gemacht werde. Ferner wünscht er, daß recht bald ein Fachmann als oberster Leiter des Volksschulwesens der Stadt bestellt wird. Zum Haushalt der höheren Schulen setzt er sich für den baldigen Bau des Lyzeums II ein. Der jetzige Zustand sei unhaltbar. Die Kinder seien in sechs verschiedenen Klassen untergebracht. Die einzelnen Klassenlokale liegen bis 25 Minuten auseinander. Die Klassen müßten hin und her wandern, und die Unterrichtsmittel müßten mitwandern. Zum Wohnungsproblem bemerkte er, daß über die Wohnungsfürsorge der Stadt zu wenig bekannt sei. Er wünsche, daß der Wohnungsausschuß etwas lebhafter werde und auch einen Teil der Verantwortung mit übernehme. Zum Theater nimmt Redner den Standpunkt ein, daß das Spielen eine soziale Notwendigkeit sei und nicht eingeschränkt werden dürfe in der Zeit der gegenwärtigen Not. Der Theaterbesuch betrug im Spieljahr 1919/20 255 181 Personen. 1920/21 256 573. Nebenher fanden geschlossene Vorstellungen statt für die christl. Gewerkschaften 14, für die freien Gewerkschaften 15, für die Afa und andere Vereine 18; im Jahre 1921 14, bezw. 7, bezw. 18, in jedem Jahre also 48 geschlossene Vorstellungen mit einer Besucherzahl von rund 48 000. Der Theaterbesuch sei also nicht nur eine Sache der Bessergestellten, sondern auch der niedriger gestellten Kreise. Seine Fraktion werde auch diesmal die Ueberschreitung von 4,8 Millionen für Theater und 970 000 Mk. für Orchester bewilligen, betone aber, daß sie damit bis an die Grenze des zu Bewilligenden gegangen sei und es sich für die Zukunft überlegen müsse, ob sie die Ueberschreitungen noa, bewilligen solle, falls nicht eine unbedingte Sparsamkeit im Rahmen der allgemeinen Teuerung innegehalten werde. — Zur Hauptbahnhofsfrage betont Redner die Notwendigkeit unbedingter Einigkeit der Bürgerschaft gegenüber dem neuen Projekt des Zentralbahnhofs. Sei die Bürgerschaft sich nicht einig, so komme in absehbarer Zeit bestimmt kein Projekt in Bochum zur Ausführung. Nachdem Redner noch zu verschiedenen Einzelheiten des Planes Stellung genommen hat, verliest er folgenden Antrag seiner Fraktion und empfiehlt seine oringende Annahme:

Entschließung:

„Die Stadtverordnetenversammlung sieht sich genötigt, ihr starkes Befremden über die Handhabung des Genehmigungsrechts der Kommunalbehörden bezgl. der Steuerbeschlüsse der Gemeinden auszusprechen. Durch die hierdurch eintretenden, in der Regel jetzt viele Monate dauernden Verzögerungen in der Steuererhebung wird die ohnehin so schwere, finanzielle Lage der Gemeinden auf das Aeußerste geschädigt. Dies ist umso unverständlicher, als zwingende Gründe zu diesen Verzögerungen nicht vorliegen, sie vielmehr fast ausschließlich in der Schwerfälligkeit des bestehenden Behördenapparates, an zweckloser Häufung der Instanzen und der staatlichen Stellen, in die gemeindliche Finanzverwaltung hineinzuregieren, begründet sind.

Sie nimmt insbesondere mit Entrüstung davon Kenntnis, daß über die Zustimmung zu einer Steuerordnung, die bereits zum vorjährigen Haushaltsplan von den städtischen Körperschaften beschlossen worden ist, bis heute durch die Aufsichtsbehörde überhaupt noch keine Entscheidung getroffen worden ist und daß mehrere andere Steuern erst vor kurzem die Zustimmung gefunden haben. Ebenso erklärt sie es für unhaltbar, daß die direkten Gemeindesteuern infolge des langwierigen Genehmigungsverfahrens in den letzten Jahren stets erst gegen Ende des Kalenderjahres erhoben werden konnten.

Sie richtet im Interesse der Gemeindefinanzverwaltung an die zuständigen Minister das dringende Ersuchen, eine Vereinfachung des Geschäftsganges, einen Abbau der Instanzenhäufung und eine Einschränkung der sachlichen Beanstandungen von Steuerbeschlüssen auf das im allgemeinen Staatsinteresse unbedingt notwendige Mindestmaß mit allen Mitteln durchsetzen zu wollen."

Die Entschließung soll gerichtet werden, an den Bezirksausschuß, den Oberpräsidenten, das Landesfinanzamt und das Reichsfinanzgericht.

Das Wort nimmt jetzt der Vertreter der Mehrheitssozialisten, Stadtv. Thöne. Er trägt zunächst einige Wünsche bezgl. Wohnungswesen und Straßenbahnen vor. Bezgl. der Straßenbahnen erwartet er baldige Vorlage der in Aussicht gestellten Denkschrift. Seine Fraktion hat ferner den Wunsch, daß mehr Spielplätze angelegt werden. Auch wünscht er, oaß keine alten Steuern in das neue Steuerjahr hinübergeschleppt werden, daß mehr Rücklagen geschaffen und die 6 Millionen für eine zweite Badeanstalt auch wirklich für ihren Zweck verwendet werden. Redner geht nunmehr näher auf die Deckungsfrage ein. Er findet, daß die Situation heute ähnlich sei wie vor dem Kriege. Damals sei die Industrie vorherrschend gewesen, heute sei es in sofern anders, als das Zentrum die Steuern mache, und zwar mit der hervorstechenden Absicht, die Industrie zu schonen. (Es entwickelt sich ein kleines Rededuell zwischen dem Redner und dem Stadtv. Nocke, der ruft, daß das Vorgetragene die Privatansicht des Herrn Thöne sei. Thöne antwortet darauf, seine Behauptungen seien geschichtliche Tatsachen.) Zum Thema zurückkehrend, beschäftigt Redner sich mit der Stellung des Mittelstandes und der Großindustrie zur Steuerfrage, wobei er längere theoretische Ausführungen macht. Er kommt zu dem Schluß, daß bei der Industrie noch Mittel vorhanden seien, die der Stadt in Form von Steuern dienstbar gemacht werden könnten, und wiederholt den in den Vereinigten Ausschüssen bereits eingebrachten Antrag, 81 Millionen Mark durch Gewerbesteuern mehr aufbringen zu lassen. Seine Fraktion verlange Abwälzung der Lasten auf tragfähigere Schultern. — Dem Voranschlage, 500 000 Mk. für Gebührenordnung festzusetzen, stehe seine Fraktion ablehnend gegenüber. Er beantragt Streichung dieses Absatzes.

Es folgen die Ausführungen des Stadtv. Dr. Küppers (D. V.). Er hält zunächst dem Stadtv. Thöne entgegen, daß die Kalkulation, wonach die Industrie aufgrund ihrer guten Jahresabschlüsse stärker zur Steuer herangezogen werden könne, kaum zutreffe. Die Industrie sei vom öffentlichen Geldmarkt abhängig, sie gesund zu erhalten, liege aber im Interesse der Gesamtbevölkerung der Stadt. Er geht dann kurz auf die allgemeine Lage ein und wendet sich dann dem Haushaltsplane zu. Er bittet die Stadtverwaltung, eine Uebersicht über die Durchführung der Bauunternehmung der Stadt Bochum im Jahre 1922 zu geben. Auch er wünscht, daß für die Jugend mehr getan werde, daß sie aus dem Gedränge der Straße herauskomme und gute Spielplätze habe. Bezüglich des Theaters bittet er. bei Schluß der Spielzeit bestimmte Mitteilung über die tatsächlichen Ausgaben des Theaters zu machen. Gern sähe er es, wenn auch für die größeren Gesangvereine etwas in den Etat eingesetzt werden könnte. Leider habe der Musikverein aufgehört zu bestehen. Der Verein hat für die Musikpflege in Bochum eine so große Rolle gespielt, daß man nur mit Dank und großer Anerkennung für das Geleistete wünschen könne, daß die Umgestaltung sich so vollziehe, daß sie der Musikpflege der Stadt zum Guten gereiche. Nachdem Redner der Wohlfahrtspflege das Wort geredet hat, tritt er für die Gewerbesteuer nach der Magistratsvorlage ein. Für die Gebührenordnung tritt er grundsätzlich ein, weil man auf die Duer an der Erhebung von Verwaltungsgebühren doch nicht vorbeikomme. Mit Entschiedenheit wendet er sich gegen die Aeußerung des Stadtv. Thöne, als wenn früher die Steuer von der Industrie gemacht worden sei. Wenn man jahrzehntelang in Bochum wohne, und wisse, wie alles gewachsen und geworden sei, wie hier echter Bürgersinn gewaltet habe, dann wisse man auch, daß die frühere Steuer von allen getragen worden sei. Heute sei es so, daß man wohl Steuern beschließen wolle, zahlen aber solle immer der andere Teil. Er stimmt der Deckungsvorlage des Magistrats zu.

Stadtv. Weth: (Dnl.). Er führt einleitend aus, daß den Gemeinden heute das Recht, durch Zuschläge zur Einkommensteuer die Steuerverhältnisse aufzubessern, genommen sei und bespricht des weiteren die Wege, die heute den Städten für Erschließung von Steuerquellen offenstehen. Der Bochumer Haushaltplan enthalte eine gesunde Mitte. Mit Zuversicht dürfe angenommen werden, daß wohl 35 Millionen mehr hereinkommen würden, als nach Schätzung eingesetzt seien. Weiter dürften sich viele Ueberschreitungen durch Einnahmesteigerungen im Laufe des Jahres einholen lassen. Die Besoldungserhöhungen seien im Rahmen des Notwendigen gehalten. Sparsamkeit sei beim ganzen Etat beobachtet worden. Beim Kapitel Wohlfahrtspflege schließe er sich gern dem Antrage auf besondere Berücksichtigung der Ortsarmen an. Fürs Theater bewillige seine Fraktion die vorgesehenen Mittel; das Theater sei bis zu einem gewissen Grade eine seelische Notwendigkeit. Aber es sei auch eine Vergnügungsstätte. Beschränkung sei dringend zu empfehlen, da die gegenwärtige Blüte kaum anhalten dürfte. Wenn es ernster werden sollte, würden seine Fraktionsfreunde für den Abbau des Theaters eintreten. Sie treten aber uneingeschränkt für den Ausbau des Lyzeums 2 ein. Zur Anspannung der Gewerbesteuer mit 5000 Prozent befindet sich die Stadt nach Ansicht des Redners an der Grenze des Möglichen. Es sei eine starke Einseitigkeit, aus der Not eine Tugend zu machen. und alles dem Gewerbe aufbürden zu wollen. Seine Fraktion stelle sich voll auf den Boden der Magistratsvorlage.

Für die demokratische Fraktion sprach Stadtv. Lorenz. Er trat in seinen Ausführungen dafür ein, daß man versuchen solle, eine Beschneidung der Rechte der Landesfinanz- und Aufsichtsbehörden anzustreben. Im großen und ganzen trat er dann für den Haushaltsplan ein.

Oberbürgermeister Graff: Ich möchte zunächst meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß die Herren im großen und ganzen den Etat gebilligt haben. Auch darüber möchte ich meine Genugtuung aussprechen, daß sämtliche Herren die für unser Theater und Orchester geforderte Summe bewilligt haben. Sie wissen, das unser Theater einen guten Ruf hat und daß wir besorgt sein müssen, uns diesen guten Ruf zu erhalten. Vielfach ist auf die Sparsamkeit hingewiesen worden. Wir haben getan, was möglich war, um in der Verwaltung zu sparen. Wir haben auch eine Anzahl von Beamten entlassen können. Aber auch das Maß der Leistungsfähigkeit für die Beamten ist festgelegt und bei den vielen Aufgaben, die vom Staat und Reich an uns herantreten, werden wir nicht weitergehen können, ja vielleicht noch einen Teil von Beamten wieder einstellen müssen. Es ist auch auf das Eisenbahnprojekt hingewiesen worden. Das Projekt liegt zurzeit der Eisenbahndirektion vor Erst wenn sie sich klar geworden ist, werden sich die städtischen Körperschaften mit dem Projekt beschäftigen. Ich möchte aber schon heute sagen: Möchten wir doch das Projekt so finden, daß es von allen Seiten gebilligt wird. Der Oberbürgermeister sagte ferner zu, daß bezgl. der Kinderspielplätze alles getan werden solle, um die Plätze wunschgemäß auszustatten. Die Sparsamkeit gebrete jedoch Einschränkungen. Eine Gefahr für die Kinder sei der starke Autoverkehr. Die Stadtverwaltung habe sich bereits mit der Polizeidirektion in Verbindung gesetzt, um den Autoverkehr nach Nord und Süd über bestimmte Straßen zu legen. Die Angelegenheit ist noch in der Schwebe. Zum Schluß gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß man am Ende des Jahres sagen könne: Der Etat war ein Erfolg.

Bürgermeister Dr. Falk stellt fest, daß große Rückstände an Steuern aus früheren Jahren nicht vorhanden sind. Auch bei Stundungsanträgen werde auf einen glatten Abschluß zum Jahresende gesehen. Er dürfe sagen, daß der Haushaltsplan in guten Grenzen gehalten sei, Schuldenwirtschaft sei nicht betrieben worden. Der Schuldenstand der Stadt habe sich auf geringer Höhe gehalten. 1. April 1919 betrugen die Schulden 95 Millionen, 1922 93,3 Millionen. Hinzu kommt eine schwebende Schuld von 10—12 Millionen. Die Schuldenlast ist in dieser Zeit garnicht gewachsen. In den letzten zwei Monaten habe sich das Bild allerdings wesentlich geändert. Die Stadt habe einen ziemlich hohen Betrag an schwebenden Schulden aufnehmen müssen, wesentlich bedingt durch Gelder für Wohnungsbau und Beleuchtungszwecke. Redner tritt darauf für die im Haushaltsplan vorgesehene Regelung der Gewerbesteuer und die Erhöhung der Verwaltungsgebühren ein.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet und die Versammlung tritt in die

Einzelberatung des Haushaltsplanes

ein. Zu Titel A, Bauwesen, sind eine Reihe von Anträgen eingegangen, die Stadtv. Dr. Rawetzki zur Kenntnis der Versammlung bringt. Wesentlich ist der Antrag der Deutschnationalen, ein Viertel der Wohnungsabgabe für bedürftige Hausbesitzer zu verwenden.

Stadtbaurat Diesenbach weist den Vorwurf zurück, daß in Bochum nicht gebaut würde. Nach Urteilen des Ruhrsiedlungspräsidenten und anderer Stellen marschiere Bochum bezügl. des Bauwesens an der Spitze aller Städte im Industriegebiet.

Beim Titel D, Schulwesen, werden eine Reihe von Spezialwünschen vorgebracht, die vom Dezernenten Stadtrat Stumpf beantwortet werden. Der Antrag der Mehrheitssozialisten, für Ausbau des Lyzeums 10 Millionen einzusetzen statt 350 000 Mk., wird abgelehnt.

Auch zum Titel E, Wohlfahrtspflege, liegen mehrere Abänderungsanträge vor. Vor allem werden Anregungen bezüglich der Armen- und Sozialrentenfürsorge gegeben, zu denen die Dezernenten Stadtrt Gilsinag und Brauns sich äußern.

Zum Titel G, Kunst und Wissen wird ein Antrag Frau Schönewald, 10 000 Mk. für Bekämpfung der Schundliteratur bereitzustellen, abgelehnt.

Nach Schluß der Durchberatung setzt eine Aussprache über den Antrag der Mehrheitssozialisten ein, der dahin geht,

1. den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen auf Aenderung bezw. Erhöhung der Gewerbesteuer, daß sie ein Mehr von 81 Millionen erbringt.

2. die vorgesehenen 500 000 Mk. für Einnahmen aus Verwaltungsgebühren zu streichen.

Bürgermeister Dr. Falk ersucht um Annahme der Deckungsvorlage in vorliegender Form.

Stadtv. Nocke ist bereit, für die Streichung der 500 000 Mk. einzutreten, bittet aber, im übrigen den Etat glatt anzunehmen.

Ueber die Verwaltungsgebühren kommt es zur namentlichen Abstimmung. Der Antrag der Mehrheitssozialisten wird angenommen.

Der Antrag auf Aenderung der Gewerbesteuervorlage wird gegen die Stimmen der Mehrheitssozialisten abgelehnt.

Darauf wird der Gesamthaushalt mit den beschlossenen Abänderungen angenommen.

Auch die Entschließung des Stadtv. Nocke findet Annahme.

Damit schließt die bedeutsame Sitzung gegen 9,30 Uhr.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)

Bochum, 2. Juni.

Bochum in der Statistik.

Dem statistischen Vierteljahrsbericht der Stadt Bochum für die Zeit Januar—März 1922 entnehmen wir folgendes: (Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf den gleichen Zeitraum des Vorjahres.) Die Bevölkerungszunahme war im 1. Vierteljahr 1922 nicht so groß als im Vergleichsvierteljahr 1921. Die Geburten haben ab-, die Sterbefälle zugenommen. Auch der Zuzug war nicht so stark wie in der gleichen Zeit 1921. Das Gesamtergebnis brachte aber noch einen Bevölkerungsgewinn von 778 (1360) Personen. Die Einwohnerzahl Bochums betrug am Schlusse des Monats März 1922 = 157 588 (151 960). Die Zahl der Eheschließungen ist fast dieselbe geblieben als in der gleichen Zeit 1921. Nach dem Kriege ist die Zahl der Eheschließungen stets größer gewesen wie in der Vorkriegszeit. (1914 — April—Juni betrug sie 375). In der Berichtszeit wurden 441 (450) Ehen vor dem Standesamt der Stadt Bochum geschlossen. In der Geburtenzahl ist gegenüber dem Vergleichsvierteljahr ein Rückgang zu verzeichnen. 1242 (1351) Kinder wurden in der Berichtszeit lebend geboren. Die Sterblichkeit war mit 693 (610) Sterbefällen höher als 1921. In der genannten Zeit sind 5854 (6870) Personen zu- und 5625 (6281) Personen fortgezogen.

Der Grundstücksmarkt war im 1. Vierteljahr 1922 recht lebhaft. 202 (170) Grundstückee wechselten durch Kauf ihren Besitzer. Darunter befanden sich 129 (106) bebaute Grundstücke, die einen Verkaufspreis von über 10 Millionen Mark erbrachten. 180 (98) Baugenehmigungen wurden ausgefertigt. Dagegen ist die Zahl der durch die Bautätigkeit neu bewohnbar gewordenen Wohnungen niedriger geworden. 78 (155) Wohnungen sind innerhalb des 1. Vierteljahres bewohnbar geworden, davon 5 durch Umbau. In der Berichtszeit betrug die Besucherzahl des städt. Wohnungsnachweises 15 172. 357 Wohnungen wurden zur Vermietung neu angemeldet und 386 vermittelt.

Aus der Stadtbücherei wurden 31 843 (36 625) Bände entliehen. Die städt. Lesehalle besuchten 10 427 (7417) Personen.

Die 4 Bochumer Krankenanstalten hatten am Anfang der Berichtszeit einen Bestand von 1554 Kranken. Als Zugang sind 5311 Kranke verzeichnet. Im Laufe der Berichtszeit sind 5084 Kranke wieder entlassen und 273 verstorben, so daß am Schlusse der Berichtszeit ein Bestand von 1508 Kranken verblieb. Die Zahl der Pflegetage im 1. Vierteljahr 1922 betrug 154 439 gegen 152 976 im 1. Vierteljahr 1921.

Durch das städtische Jugendamt wurden 470 Kinder im Landaufenthalt und zwar 240 in Erholungsheimen, 188 in Solbädern und 42 in Seebädern untergebracht.

Die städtische Rechtsauskunftsstelle wurde von 504 (364) Personen besucht.

Im 1. Vierteljahr wurden bei der städtischen Sparkasse 17 703 Einzahlungen mit 28 545 475,28 Mark (16 961 274,68 Mk.) und 16 049 (11 979) Auszahlungen mit 21 231 392,60 Mk. (10 908 682,53 Mk.) gebucht. Im ganzen wurden 7 314 012,78 Mark (6 052 592,15 Mk.) mehr eingezahlt als abgehoben.

Auf dem Schlachthof nahm die Zahl der Schlachtungen bedeutend zu. Die Gesamtzahl der Schlachtungen belief sich auf 14 659 (9242).

In den städtischen Badeanstalten wurden während der Berichtszeit insgesamt 88 884 (101 788) Bäder verabfolgt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkte war günstig. 6361 offenen Stellen standen 5882 Arbeitsuchende gegenüber. 4007 offene Stellen sind besetzt worden. Die Zahl der Neuerwerbslosen betrug 25. An 5 Erwerbslose wurden 8164,25 Mk. Unterstützung gezahlt.

Die Groß- und Kleinhandelspreise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse sind in der Berichtszeit bedeutend gestiegen. Die Steigerung betraf alle Lebensmittelpreise sowohl wie auch die Preise für Heizung und Beleuchtung. Besonders

stark war die Erhöhung der Preise für Kartoffeln und Gemüse. Auch die Fleischpreise stiegen sprunghaft. Bedingt durch die Preissteigerung sind auch die Lebenshaltungskosten außerordentlich hoch gestiegen. Diese betrugen im Monat Januar 1922 1656 (921), im Monat Februar 1922 1966 (961) und im Monat März 2643 (866) Mark.

Sozialrentnernot und sinkende Volkskraft.

Unter diesem Titel schreibt Robert Heupts in der Bochumer Presse u. a. folgendes:

Die außerordentliche Entwertung des deutschen Geldes und die hierdurch bedingte allgemeine Teuerung haben eine vollständige Umschichtung aller Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse unseres Volkes herbeigeführt. Die Sozialversicherung hatte den Sozialrentnern die Zeit seines Lebens, als sie noch aktiv im Erwerbsleben stand, für den Fall der Erwerbsunfähigkeit, Invalidität, Alter und Krankheit in einem bescheidenen Umfange durch gesetzliche Ansprüche sichergestellt. Staat und Gemeinden haben auf Grund des Artikels 161 der Reichsverfassung die zwingende Aufgabe, helfend einzugreifen, um die sinkende Volkskraft noch zu retten. Man hat nun endlich ein Notstandsgesetz für die Sozialrentner geschaffen, aber nur für die Invalidenrentner. Die Renten der Unfallrentner und deren Hinterbliebenen werden durch die Kosten im Umlageverfahren von den Berufsgenossenschaften aufgebracht; es muß aber einmal festgestellt werden, daß 8 Prozent von der Arbeiterschaft und 4 Prozent von dem Unternehmer aufgebracht werden, zumal die Krankenkassen die ersten 5 Wochen die Kosten des Heilverfahrens tragen und nach weiteren 5 Wochen tritt dann der Unfallzuschuß ein.

Die Lebens- und Bedarfsartikel sind in ganz kurzer Zeit um 100 Prozent gestiegen. Bereits Mitte April berichtete das Statistische Amt in Frankfurt a. M., daß von Ende Januar bis Ende März 1922 alle Preise im Durchschnitt um 75 Prozent gestiegen und ein Stillstand noch nicht zu erwarten sei. Was zahlt nun die Stadt Bochum an Armenunterstützungssätze?

1. Familienhaupt monatl. 200 Mk.
2. Ehefrau beim Manne monatl. 180 Mk.
3. Kinder über 14 Jahre monatl. 150 Mk. pro Kind
4. Kind. b. zu 14 Jahren monatl. 120 Mk. pro Kind
5. Altes Ehepaar über 65 Jahre m. 400 Mk.

Die obigen Sätze gelten jedoch als Höchstsätze. Jeder Unterstützungsfall wird individuell geprüft. Gewiß müssen Staat und Gemeinden prüfen, ob verschuldete oder unverschuldete Armut eingetreten ist, aber man sollte doch im Haushaltsplan eine Reform des Armenetats baldigst vornehmen, um die Tuberkulosenkrankheit, die bei den Sozialrentnern rapide einsetzt, zu bekämpfen. Wenn eine Lösung dieses bevölkerungspolitischen Problems stattfinden soll, dann soll Armenrat und Magistrat neue Vorschläge machen, zumal durch das neue Notstandsgesetz der Rentenempfänger, eine Erleichterung der Städte und Gemeinden eintritt, weil das Reich 80 Prozent und die Gemeinden 20 Prozent aufbringen.

Als Aufzuggeld wird:

für ein Kind im ersten Lebensjahre 300,— Mk.
für ein 5 Jahre altes Kind 400,— „
für ein 10 Jahre altes Kind 500,— „
und für ein 15 Jahre altes Kind 600,— „

jährlich angerechnet. Dieses sind Friedenssätze. Aber auch der Allgemeine Knappschaftsverein sollte baldigst eine Erhöhung der Bezüge vornehmen. Man versucht in letzter Zeit durch Fragebogen der Knappschaftsältesten die Bedürftigkeit in der Familie festzustellen, um dann die Bezüge wieder zu entziehen. Wie steht es mit den Ruhegehältern der Aerzte? Das Ruhegehalt beträgt für einen Arzt bei 10 Dienstjahren 8000 Mk., bei 22½ Dienstjahren 18 000 Mark. Die Witwe eines verstorbenen Arztes erhält nach 5jähriger Dienstzeit ihres Mannes 3200 Mark, steigend bis zu 7200 Mk. bei 17½ Dienstjahren. Die Waise eines Arztes erhält bei 17½ Dienstjahren ihres Vaters 1440 Mk. jährlich an Waisenrente. Was erhält dagegen ein Invalide, die Witwe oder die Waise eines Bergmannes? Nach der alten Satzung nach 25 Dienstjahren und wenn derselbe Invalide wird, 442 Mk. und 100 Prozent Teuerungszuschlag, also 884 Mk. jährlich. Wer nach der neuen Satzung, die am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten ist, Invalide wird, erhält nach 25 Dienstjahren 900 Mk., dazu 50 Prozent = 450 Mk. Teuerungszulage, also 1350 Mk. jährlich. Die Not der Sozialrentner schreit zum Himmel. Hier muß das Gebot der Nächstenliebe einsetzen.

Vom Wohlfahrtsamt wird uns hierzu geschrieben:

Die Unterstützungssätze für die Hilfsbedürftigen der Stadt, wie sie oben aufgeführt werden, sind längst überholt und betragen die jetzigen Sätze gegenüber den vom Artikelschreiber angegebenen monatlich:

1. für eine alleinstehende Person

	jetzige Sätze	frühere Sätze bis 15. Febr.
mit eigenem Hausstand	400 Mk.	— Mk.
2. für das Familienhaupt	360 Mk.	200 Mk.
3. Ehefrau beim Manne	340 Mk.	180 Mk.
4. Kinder über 14 Jahre	240 Mk.	150 Mk.
5. Kinder unter 14 Jahren	180 Mk.	120 Mk.
6. Altes Ehepaar	720 Mk.	400 Mk.

Der Artikelschreiber führt auch die längst überholten Sätze nur als Höchstsätze an, ohne zu bemerken, daß in besonders bedürftigen Fällen über dieselben hinausgegangen werden kann. Es wird ferner nichts davon bemerkt, daß neben den direkten finanziellen Unterstützungen noch Mietsbeihilfen bis zu 60 Mk. vierteljährlich gezahlt werden; daß ferner Kartoffeln und Kohlen geliefert werden, so im Laufe dieses Winters pro unterstützte Person 1½ Zentner Kartoffeln und für jede Familie bis 20 Zentner Kohlen. Treten außerordentliche Notfälle ein, dann zahlen die Fürsorgebezirke noch besondere Unterstützungen. Auch werden nach Prüfung des Einzelfalles den Hilfsbedürftigen noch Kleidungs- und Wäschestücke gratis geliefert. Vor den Pfingstfeiertagen werden noch mindestens 10 000 Pfund Mehl an unsere Hilfsbedürftigen gratis ausgeteilt.

Neben der unrichtigen Darstellung der Monatsspenden sagt der Artikelschreiber nichts von den sonstigen Zuwendungen, gibt also ein vollständig falsches Bild von der Fürsorge der Stadt Bochum für die Hilfsbedürftigen.

Postgebühren ab 1. Juli. Der Reichstagsausschuß für die Beratung der neuen Postgebühren hat am Dienstag endlich seine Zustimmung dazu gegeben, daß vom 1. Juli ab das Porto betragen soll für eine Postkarte im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1,50 Mk., für den Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Mk., von 20—100 Gramm 2 Mk. und von 100 bis 250 Gramm 3 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 2 Mk., von 20 bis 100 Gramm 3 Mk. und von 100 bis 250 Gramm 4 Mk.

Handel / Industrie / Verkehr

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Der Devisenmarkt war im Laufe des Nachmittags schwach. Gegen Abend war die Tendenz eine Kleinigkeit fester. Das Geschäft blieb aber weiter still. Gegen Abend wurden genannt: **Holland 10 400—10 500, England 1195—1200, Belgien 2235—2250, Frankreich 2440—2460, Newyork 268—270, Schweiz 5150—5180.**

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		31 Mai Geld	31 Mai Brief	1. Juni Geld	1. Juni Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	10711.5	10738.4	10561.7	10568.2	12837.1
Belgien	100 Fr	2337.05	2342.95	2294.60	2300.05	2837.15
Norwegen	100 Kr.	4993.75	5006.25	4898.85	4911.15	6018.95
Dänemark	100 Kr	6122.30	6137.70	5972.50	5987.50	7167.80
Schweden	100 Kr.	7191.—	7209.—	7056.15	7073.85	8831.15
Italien	100 Lir	1443.15	1446.85	1413.20	1416.80	1720.75
England	1 St.	1235.95	1239.05	1210.95	1214.05	1483.50
Amerika	1 D.	276.65	277.35	272.15	272.85	338.66
Frankreich	100 Fr.	2524.30	2530.70	2476.90	2483.10	3041.95
Schweiz	100 Fr.	5268.40	5281.60	5203.45	5216.55	6578.06
Spanien	100 Pes	4344.65	4355.35	4289.60	4200.40	5264.50
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	2.43	2.47	2.43	2.47	—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	533.30	534.75	525.30	526.70	613.35
Ungarn	100 Kr.	33.65	33.65	33.16	33.25	81.60

Berliner Börsenkurse.

vom 1. Juni 1922.

	31. 5.	1. 6		31. 5	1. 6.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1320.—	1360.—
Barmer Bankv	235.—	233.—	Elbert. Farben	624.—	625.—
Com.u.Privatb.	300.—	298.—	Eschw. Bergw.	804.—	840.—
Darmst. Bank	292.—	291.—	Essener Steink.	1025.	1050.
Deutsche Bank	550.—	555.—	Flensb.Schiffsb	660.—	795.—
Disconto-Ges.	418.—	415.—	Gasmot. Deutz	620.—	620.—
Dresdner Bank	310.—	313.—	Gels. Bergw.	900.—	910.—
Ess.Cred.Anst.	250.—	250.—	Gels. Gußstahl	710.—	806.—
Reichsbank	219.50	228.—	Glas Schalke	3380.	3450.
Brauereiaktien			Goldschmidt	740.—	745.—
Boch. Viktoria	500.—	525.—	Harp. Bergw.	1778.	1763.
Dortm. Aktien	675.—	710.—	Hasp. Eis. u. St.	—	—
Dortm. Union	860.—	800.—	Heckmann C.	2400.	2445.
MüserLangend	1300.	1350.	Hirsch Kupfer	595.—	605.—
schleg.Scharp.	—.—	—.—	Hohenlohe	660.—	685.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	590.—	650.—
Hamb.Am.Pak.	378.—	380.—	Höchst Farben	605.—	618.—
Nordd. Lloyd	289.50	296.—	Hösch Stahlw.	1051.	1100.
Industrieaktien			Humb. Masch.	510.—	530.—
Adlerwerke	465.—	480.—	Ilse Bergbau	1135.	1190.
Akkumul. Hag.	852.—	865.—	Kali Aschersl.	855.—	850.—
Allg.Elekt.Ges.	615.—	638.—	Köln Neuessen	1085.	1085.
Anglo Guano	1620.	1635.	Königsborn	—	1800.
Annener Guss	730.—	700.—	Kuppersbusch	1300.	1340.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	351.—	371.—
Bad. Anilin	695.—	711.—	Laurahütte	1540.	1625.
Balcke Masch.	750.—	900.—	Magd. Bergw.	—	—
Baroper Walz.	940.—	920.—	Mann. Bumm	1149.	1145
Bergm. Elektr.	570.—	569.—	Mark Zement	—.—	—.—
Bismarckhütte	—.—	1750.	Masch. A.-Nb	—.—	—.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	1030.	1050.
Boch. Gußstahl	924.25	935.—	Mulh. Bergw.	1250.	1390.
Braunk. u. Brik.	831.—	841.—	Nation. Autom	430.—	430.—
Buderus Eisen	763.75	800.—	Oberschl. Bed.	725.—	721.—
Busch Ludensch	972.—	976.—	Orenst. Koppel	910.—	928.—
Caro	548.—	545.—	Phönix Bergw	1039.	1004.
Chem. Griesn.	670.—	720.—	Reisholz Papier	450.—	500.—
Chem. Weiler	575.—	—.—	Rh. Braunkohle	1400.	1410.
Chem.Ind Gels.	2110.	—.—	Rh. Stahlwerke	945.—	945.—
ConcordiaBerg	1510.	1450.	Riebeck Mont.	1552.	1595.
Cons. Schalke	1900.	1900.	Romb. Hütte	508.—	510.—
Daimler Mot.	382.—	414.—	Rütgerswerke	725.—	729.—
D.-Lux. Bergw	867.—	873.—	Sarotti Schok	960.	995.—
Deutsche Erdöl	1900.	1700.	Siemens Halske	840.—	845.—
Deutsche Kali	1740.	1850.	Schuckert Co.	565.—	574.—
Deutsch. Masch	600.—	675.—	Schwelm. Eisen	—	2676.
D. Schachtbau	1973.	1941.	Thale Eisen	4325.	4450.
Dentsch. Waff.	1225.	1250.	Westfalia Eis.	1495.	1650.
DittmannNeuh.	4600.	4800.	Westf. Drahtw	490.—	515.—
Dürkopp	540.—	560.—	Eis. u. Drahti	450.—	450.—
Dynamit Nobel	575.—	587.—	Wicking Zem.	870.—	895.—
			Witt. Gusstahl	—.—	—
			Zellst. Waldhof	740.—	764.—

* **Disconto-Gesellschaft.** Wie wir erfahren, wird die Dividende mit 20 (i. V. 16) Prozent von der demnächst zusammentretenden Aufsichtsratssitzung der Generalversammlung vorgeschlagen werden.

* **Westfälische Transport A.-G. in Dortmund.** Nach dem in der Generalversammlung genehmigten Abschluß betragen die Betriebseinnahmen 35 580 643 (i. V. 30 817 910) Mk., Zinseneinnahmen 195 579 (96 933) Mk. Nach Abzug von 31 830 349 (27 037 357) Mark Betriebsausgaben und 1 760 861 (2 356 136) Mark Abschreibungen verbleibt einschließlich 10 220 (21 393) Mk. Vortrag ein Reingewinn von Mk. 2 195 233 (1 542 742) Mk., woraus 25 (25) Prozent Dividende verteilt, 100 000 (100 000) Mk. dem Unterstützungsfonds zugewiesen, 175 000 (106 666) Mk. Gewinnanteile an den Aufsichtsrat gezahlt und 21 233 (10 220) Mk. neu vorgetragen werden. Nach der Bilanz betragen Gläubiger 32 459 310 Mk. (22 389 541 Mk.), dagegen Schuldner 34 526 556 Mk. (22 813 953 Mk.)

* **Die Eisenpreise für Juni.** Wie verlautet, hat die Preiskommission des Berg- und Hüttenmännischen Vereins zu Wetzlar, in der letzten Sitzung beschlossen, die Mai-Verkaufspreise auch für die Lieferungen im Juni gelten zu lassen. Ueber die Gestaltung der Preise für Siegerländer Eisenerz wurde noch nichts bekannt, doch dürfte auch hier mit einer Steigerung der bisherigen Preise im Juni nicht zu rechnen sein. — Der Verein Deutscher Eisengießereien, Gießereiverband, hat beschlossen, die Gußwarenpreise ab 1. Juni um 10 Prozent zu erhöhen.

* **Neue Höchstpreise für Zement.** Am 1. Juni werden die bisherigen Preise infolge der eingetretenen Frachterhöhung bis auf weiteres wie nachstehend angegeben erhöht. Für Lieferungen an private Zementabnehmer im Gebiete des Norddeutschen Zementverbandes 14 201 (bisher 13 803) Mk., im Gebiete des Rheinisch-Westfälischen Zement-Verbandes 14 097 (13 903) Mk., im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes 14 613 (14 081) Mk., für direkte Lieferungen an die Staatsverwaltung für Staatsbauten gelten dementsprechend folgende Preise: Im Gebiete des Norddeutschen Zementverbands 14 131 (13 733) Mk., im Gebiete des Rheinisch-Westfälischen Zementverbandes 14 027 (13 833) Mk., im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes 14 643 (14 011) Mk.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.

Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.

Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.

Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk
Adler-Aktien	435	470	Graf Schwerin	310000	350000
Admiral	—	—	Heinrich	145000	155000
Alte Hasse	41000	47000	Helene & Amal	—	—
Blankenburg	205	220	Joh. Deimelsb.	115000	—
Carl Friedrich	215	230	König Ludwig	000 000	1 200 000
Caroline	62500	70000	Langenbahm	220000	240000
Carolus Magn.	77000	85000	LothringenAkt	1680	1700
Constant.d. Gr	775000	850000	Mansfeld	410	435
Diergardt	104000	107000	Moers	62000	64000
Ewald	375000	400000	Ospel	—	—
Fr. Vog. u. Unv.	—	—	Schürb. & Charl	—	100000
Fröh Morgens	—	—	ver. Trappe	45000	48000
Glückaufsegen	95000	105000	Trier	100000	—
Gottessegen	75000	85000	Wilhelm. Mevis	102000	—
Graf Bismarck	775000	900000			

Braunkohlenwerte

Bruckd.-Nieti.	—	—	Michel	135000	145000
Düren	—	—	Oscarsegen	12000	13500
Gute Hoffnung	55000	63000	Vesta	80000	90000
Leonhardt	135000	145000	Zukunft Akt.	680	710

Kaliwerte

Alexandershall	135000	145000	Hünstedt	54000	57000
Asse	82000	84000	Johannashall	36000	39000
Bergmannssegen	175000	185000	Kaiseroda	330000	—
Burbach	275000	325000	Königsall	135000	140000
Carlsfund	—	70000	Marie	19000	21000
Carlshall	28000	33000	Marie-Luise	19000	21000
Desdemona	75000	85000	Max	20000	23000
Einigkeit	76000	78000	Meimershaus.	7800	6500
Ellers	40000	—	Neurode	29000	—
Felsenfest	56500	59000	Neustaßfurt	—	275000
Friedric roda	35000	38000	Oberhof	22000	24000
Fürstenhall	54000	57000	Prinz Eugen	—	—
Gebra	56000	60000	Ransbach	30000	33000
Glückauf-Sond	275000	290000	Reinhardsbrun	23000	27000
GrohW. Ernst	46000	50000	Rothenberg	11200	12500
Günthershall	48000	54000	Salzmünde	—	70000
Habighorst	33000	35000	Siegfried I	46000	50000
Hansa-Silberb	85000	—	Siegfr. Giesen	125000	135000
Heiligenroda	150000	165000	Thüringen	34000	37000
Heldrungen	22000	26000	Volkenroda	86000	90000
Herta	30000	33000	Walbeck	58000	64000
Hohenzollern	40000	44000	Wilhelmshall	115000	—
Hildasglück	—	—	Wintershall	975000	1 100 000
Hindenburg	135000	140000			

Kali-Aktien

AdlerStamm-A	1050	1100	Krügershall-A	600	625
Hall. Kali-Akt.	1125	1175	Ronnenberg-A	1900	—
Heldburg-Akt.	1175	1250	Salzdethfurt-A	1950	2100
Justus-Akt.	—	—	Siegmunds A.	1850	—

Ueber die weiteren Erhöhungen, insbesondere über die Erhöhung der Drucksachen und Geschäftspapiere, ist bisher im Reichstagsausschuß eine Einigung nicht erzielt worden. Die Parteien des Reichstags vertreten den Standpunkt, daß das deutsche Wirtschaftsleben eine stärkere Belastung als bisher hinsichtlich des Portos auf Drucksachen und Geschäftspapiere nicht vertragen kann.

⊕ **Der Kampf gegen die Tuberkulose.** In dem Vierteljahr Januar—März 1922 wurde die Tuberkulosenfürsorge sehr stark in Anspruch genommen. Es hängt das damit zusammen, daß einmal gegen Ende des Winters infolge des monatelangen Aufenthaltes in oft schlecht gelüfteten und engen Wohnungen die Erscheinungen der Tuberkulose verschlimmert und dann, weil die Kranken im Frühjahr um zahlreiche Heilstätten- und Erholungskuren nachsuchen. Im übrigen ist die Sterblichkeit an Tuberkulose in Bochum weiter scharf gesunken. (Auf die Hälfte von 1919.) Trotzdem weist immer noch eine erhöhte Sterblichkeit gegenüber dem Staatsdurchschnitt. Energischer Kampf mit großen Mitteln ist weiter erforderlich. Nötig ist auch die Einsicht der Bevölkerung, daß Winterkuren für Tuberkulose nötig und sehr wirksam sind. Dann ließe sich viel mehr für sie tun.

⊕ **Rückgang im Straßenbahnverkehr.** Die Straßenbahnen beförderten im 1. Vierteljahr 1922 4 386 607 (4 676 867) Personen mit Fahrscheinen 43 8 (6618) Zeitkarten, 3503 (2514) Schülerkarten und 23 147 (23 097) Wochenkarten wurden verkauft. Der Rückgang der beförderten Personen ist auf die Erhöhung des Fahrpreises zurückzuführen. Die Zahl der geleisteten Wagenkilometer ist von 1 361 905,4 auf 1 713 701,5 gestiegen.

⊕ **Die Sterblichkeit** in Bochum war im ersten Vierteljahr 1922 (Januar—März) wie überhaupt im ganzen Jahre 1921 trotz der großen Hitze des Jahres und trotz des Wiederauftretens der Grippe, welche diesmal auch die Säuglinge und Kinder ergriff, nicht ungünstig. Sie lag sogar erheblich unter dem Staatsdurchschnitt. Der Grund dafür liegt in erster Linie in dem Umstand, daß die Kinder hier zum überwiegenden Teil gestillt werden und zwar lange genug, um sich über die gefährliche Zeit der ersten Lebensmonate hinweg zu bringen. Von den vorgestellten 1790 Kindern wurden sieben Achtel gestillt, nur ein Achtel an der Flasche großgezogen. Wertvolle Arbeit leistete die Fürsorge auch durch Abgeben von 690 unentgeltlichen Stillgeldbescheinigungen, die auf Wunsch der Krankenkassen und des Allgemeinen Knappschaftsvereins erteilt wurden.

* **Vorläufige Zahlung der direkten Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1922.** Auf Grund des Gesetzes zur Aenderung des Kommunalabgabengesetzes vom 11. April 1922 (G. S. S. 80) ist durch Gemeindebeschluß bestimmt, daß bis zur endgültigen Veranlagung der Realsteuern die im Vorjahre erhobenen Grundsteuern, Gewerbesteuern und Betriebssteuern während des ersten Halbjahres des Rechnungsjahres 1922 vorläufig weiter zu zahlen sind. Die vorläufig gezahlten Steuerbeträge werden auf die endgültig veranlagten Steuern verrechnet. Bleibt die endgültige Veranlagung hinter der Veranlagung des Vorjahres zurück, so werden überzahlte Beträge den Steuerpflichtigen erstattet. Die im Rechnungsjahre 1921 zu den Realsteuern veranlagten Steuerpflichtigen werden daher aufgefordert, die erste, am 15. Mai 1922 fällig gewordene Vierteljahrsrate sofort, spätestens aber bis 15. Juni 1922, die zweite Vierteljahrsrate spätestens bis 15. August 1922 an die Städtische Steuerkasse im Verwaltungsgebäude 4, Trankgasse 7, Eingang C, während der üblichen Kassenstunden — unter Vorlegung des vorjährigen Steuerzettels — zu zahlen. Rückstände werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

D **Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime.** Ferienheime für Handel und Industrie (Sitz Wiesbaden) hat, wie aus ihrem Geschäftsbericht für 1921 hervorgeht, im letzten Jahre eine besonders schnelle Weiterentwicklung aufzuweisen gehabt. Nicht weniger als acht große Häuser gingen in den Besitz der Gesellschaft über, sodaß im Berichtsjahre insgesamt 21 Heime in Betrieb waren, in denen 21 611 Personen mit 346 938 Verpflegungstagen Aufnahme fanden. Durch die neuen Häuser hat die Verteilung der Heime über ganz Deutschland eine so glückliche Ergänzung erfahren, daß jetzt von allen wichtigen Industrieplätzen und von allen deutschen Großstädten ein oder auch mehrere Heime in einer Bahnfahrt zu erreichen sind, die nicht mehr als drei Stunden erfordert. Von den Gästen waren 47 Prozent männlichen und 53 Prozent weiblichen Geschlechts; die Zahl der verheirateten hat mit 53 Prozent gegen das Vorjahr wieder zugenommen. Der Pensionspreis betrug 15 25 Mark und war damit nur das 5,4fache des im Jahre 1913 gezahlten Satzes, während, wie ein bemerkenswerter Vergleich zeigt, der durchschnittliche Warenpreis im gleichen Zeitraum auf das 18,6fache gestiegen ist. Das Stiftungskapital der Gesellschaft hat sich um 12 454 152 Mark auf 31 754 443 Mark erhöht. Durch neue Erwerbungen im Anfang dieses Jahres ist die Zahl der Heime inzwischen auf 25 gestiegen. Die Gesellschaft stellt damit einen außerordentlich beachtenswerten Faktor für die Volksgesundheit dar.

* **Nachzahlung von Wochen- und Stillgeld.** Durch Gesetz vom 29. Juli 1921 ist das Wochengeld von 1,50 Mk. auf 3,— Mk. und das Stillgeld von 0,75 Mk. auf 1,50 Mk. täglich und durch das Gesetz vom 28. 12. 1921 das Stillgeld von 1,50 Mk. auf 4,50 Mk. täglich erhöht worden. Es besteht bisher Streit darüber, ob auch denjenigen Wöchnerinnen, die vor dem Inkrafttreten der Gesetze (6. 8. 1921 bezw. 5. 1. 1922) entbunden worden sind, von diesem Tage ab für den Rest der Bezugszeit diese erhöhten Beträge gezahlt werden sollen. Diese Streitfrage ist nunmehr durch Gesetz vom 20. 4. 1922 in bejahendem Sinne entschieden worden. In Frage kommende Wöchnerinnen wollen sich daher in ihrem eigenen Interesse möglichst umgehend zwecks Erlangung der ihnen noch zustehenden Leistungen an ihre Krankenkasse wenden. Für minderbemittelte Wöchnerinnen, welche von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wochenfürsorge bezogen haben, erfolgt in allernächster Zeit Anweisung über die ihnen noch zustehenden Beträge.

* **Entlassung von Bureaukräften der Schupo.** Im Einvernehmen mit dem preußischen Finanzminister erläßt der Minister des Innern einen Erlaß, der darauf hinausläuft, mit dem Abbau der in großem Umfange erfolgten Einstellung von Hilfskräften in den Bureau- und Botendienst der Schutzpolizei unverzüglich zu beginnen. Bei Kündigungen auf Grund des Erlasses sollen jedoch nach Möglichkeit Militäranwärter Angestellte, die nach einer zwölfjährigen Gesamtdienstzeit im Heere und der Schutzpolizei den Zivilversorgungsschein erhalten haben und Inhaber des Polizeiversorgungsscheines, der nach Inkrafttreten des Schutzpolizeibeamtengesetzes verliehen wird, nicht zur Entlassung gelangen.

Selbstmordversuch. Im hiesigen Stadtpark versuchte sich ein Wilhelm Eschweiler, geb. am 3. 8 99 in Schönbeck, zu erschießen. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

* **Ankauf eines Hofes.** Wir brachten gestern die Mitteilung, daß die Gemeinde Gerthe den Wilhelmschen Hof zu einem Preise von 100 000 Mk. für den Morgen erworben habe. Hierzu teilt uns der Amtmann von Gerthe mit: Der Wilhelmsche Hof ist 120 Morgen groß. Der Morgen kostet der Gemeinde Gerthe 30 000 Mk., sodaß der Gesamtpreis 3 600 000 Mk. beträgt. Eingeschlossen in diesen Preis sind 4 Wohnhäuser, Scheunen und Stallungen.

* **„Tristan und Isolde" zum letzten Male im Stadttheater.** Heute, Freitag abend, wird „Tristan und Isolde" in der ersten Besetzung wiederholt. Die Isolde spielt Sofie Wolf, den Tristan Kammersänger Engelhard, die Brangäne Else Dröll-Pfaff, den Marke Otto Freund.

* **Bochumer Männer-Gesang-Verein e. V.** Wie alljährlich am Morgen des 2. Pfingsttages, wartet auch in diesem Jahre wieder genannter Verein mit einem Frühkonzert vormittags 11 Uhr im Stadtpark auf.

* **11. Verbandstag der Postbeamtinnen.** Der Verband der deutschen Reichs-, Post- und Telegraphenbeamtinnen wird vom 7. bis 10. Juni in Berlin im großen Sitzungssaal des ehemaligen preußischen Herrenhauses seinen diesjährigen Verbandstag abhalten. Der Verband, der vor 10 Jahren mit rund 6500 Mitgliedern gegründet wurde, zählt heute über 45 000 Mitglieder. Es werden wichtige Besoldungs-, personalistische und Wohlfahrtsfragen zur Erörterung gelangen.

Aus der Essener Handelskammer.

Quaatz über Wirtschaftspolitik. — Das Städteschnellbahnprojekt Köln—Dortmund.

Am 30. Mai 1922 fand die 4. diesjährige Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen zu Essen statt. Zum 1. stellv. Vorsitzenden wurde Herr Hugo Stinnes gewählt.

Der Syndikus

Geheimrat Dr. Quaatz

berichtete über die wirtschaftspolitische Lage:

Die politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands, die durch den Vertrag von Rapallo eine erfreuliche Stärkung erfahren habe, sei durch das Abkommen des Finanzministers Hermes in Paris sehr gefährdet. Die vom Reichskanzler Wirth angestrebte endgültige Lösung des Reparationsproblems sei durch die „Atempause", die Hermes sich in Paris habe bewilligen lassen, in eine ungünstige Zukunft hinausgerückt, weil niemals die gesamte Kulturwelt wieder so geschlossen wie jetzt in dem Willen nach Beseitigung der durch den Versailler Vertrag hervorgerufenen wirtschaftlichen Unordnung sein werde. **Die Bedingungen, unter denen in Paris die Balanzierung des Etats und die Stillsetzung der Notenpresse festgesetzt sei, seien verhängnisvoller Art.** Eine Anleihe zum Zwecke der Tributzahlung müsse für die deutsche Wirtschaft tötlich wirken. Sehr bald werde die deutsche Wirtschaft die unbeschränkte Willkür der Reparationskommission zu spüren bekommen. Diese werde allmählich eine Konfiskation des deutschen Wirtschaftsvermögens herbeiführen, die Löhne der Staatsbeamten und Staatsarbeiter ihrer Regelung unterwerfen, die Leistungen der Sozialversicherung herabdrücken.

Nach dem Vortrag des Vandirektors Jötten über die Zwangsanleihe wurde die bereits veröffentlichte Entschließung zur Zwangsanleihe angenommen.

Das Städteschnellbahnprojekt Köln—Dortmund.

behandelte Oberbürgermeister a. D. Plaßmann. Die Strecke Dortmund—Duisburg sei als Hauptsache der Bahn, die nach Süden über Düsseldorf bis Köln durchgeführt werden solle, vorgesehen. Diese Hauptlinie soll den Verkehr der nordwärts und linksrheinisch gelegenen Industriebezirke durch Nebenbahnen auffangen. Die Berechnungen hätten ergeben, daß erst die Nebenbahnen, die besonders das nach Norden wachsende Industriegebiet aufschließen würden, die gesamte Bahnanlage rentabel gestalten würden. Für den Essener Bezirk bedeute dieser Plan, nur eine Hauptlinie zu bauen, den Zwang zur Entscheidung für Mülheim oder Oberhausen. Mülheim werde wohl die Kapitulation durch Oberhausen laufe, völlig aus dem Städtebahnnetz ausgeschaltet. Die Nebenbahn nach Oberhausen werde aber in ganz anderer Weise den Oberhausener Verkehrsinteressen

gerecht als die Nebenbahn nach Mülheim den Interessen dieser Stadt.

Die Handelskammer nahm zur Frage der Linienführung keine Stellung, brachte aber einmütig zum Ausdruck, daß die Vorarbeiten bis in die letzte Einzelheit durchgeführt werden müßten, damit wenn nach endgültiger Regelung der Reparationsfrage der Bau in Angriff genommen werden könne, die Durchführung des Planes ohne Schwierigkeiten vor sich gehe.

Aus dem Landkreise Bochum.

× **Hordel**, 1. Juni. **Gemeinderatssitzung.** Der für das Rechnungsjahr 1922 entworfene Haushaltsplan wurde nach Prüfung in Einnahme und Ausgabe zur Summe von 8 700 000 Mark festgesetzt. Die im Entwurf vorliegende besondere Gewerbesteuerordnung, sowie die ebenfalls im Entwurf vorliegende Steuerordnung über eine Grundsteuer nach dem gemeinen Werte werden angenommen. In den Steuerausschuß zur Veranlagung der Grundsteuer nach dem gemeinen Werte werden folgende Herren gewählt: Landwirt Karl Müller, Kaufmann Anton Brüning, Bergmann Walter Rademacher, Bauunternehmer Fink. Dem Beschluß des Schulvorstandes vom 27. 4. 22 zur Errichtung von 4 Konrektor- und 2 Konrektorinnenstellen wird zugestimmt. Der Schließung der Wohnungsliste bis zum 1. Oktober 1922 wurde zugestimmt. Die Wohnungskommission wird durch einen Hausbesitzer, Herrn Metzgermeister Wilhelm Theine, erweitert.

× **Gerthe**, 2. Juni. **Erklärung.** Der Gau Rheinland-Westfalen des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes Berlin, sieht sich veranlaßt, Folgendes auszuführen: In Gerthe existiert der sich nennende österreichische Knappenverein „Bruderliebe", welcher diese Bezeichnung zu Unrecht weiterführt, da nach der Zerstückelung der alten Donaumonarchie nur deren reindeutsches Gebiet den Namen „Oesterreich" behalten hat. Der Knappenverein „Bruderliebe" setzt sich jedoch aus slowenischen und nichtösterreichischen Kreisen zusammen und hat somit keine Berechtigung eine solche Flagge zu führen, da es sich bei seinen Mitgliedern um Staatsangehörige des südslavischen Königreiches handelt. Diese Erklärung hat den Zweck, den Unterschied der deutschstämmigen Oesterreicher von den anderen Nationen des früheren Oesterreich-Ungarn hervorzuheben, da der deutsche Stamm unter dem allgemeinen Begriff vom alten Oesterreich zu leiden hat, indem mit jenen teilweise antideutschen Elementen häufig Verwechslungen vorkommen.

Aus den Provinzen.

* **Dortmund**, 1. Juni. **Theaterkrise.** Im weiteren Verlauf der Stadtverordnetensitzung wurde noch ein Zentrumsantrag angenommen, in dem der Finanz- und Theaterausschuß ersucht wird, nachzuprüfen, ob es nicht möglich sei, die Ausgaben beim Stadttheater mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Das Zentrum wünscht bis zum 1. Juli Auskunft darüber, welche Verpflichtungen die Stadt habe, wenn das Theater geschlossen würde. Der Oberbürgermeister erklärte darauf, daß diese Sache bereits untersucht worden sei. Die Nachbarstädte würden es aber sicherlich ausbeuten, wenn Dortmund kein maßgebendes Theater mehr hätte. Von demokratischer Seite wurde erklärt, daß mehr Fremdenvorstellungen gegeben werden müßten. Der Zentrumsantrag wurde schließlich angenommen. Bei der Gesamtabstimmung wurde der Haushaltsplan ebenso wie die Deckungsvorschläge des Magistrats angenommen.

TU. **Essen**, 31. Mai. **Tagungen zur Zeit der Wärmeausstellung.** Bei Gelegenheit der Wärmeausstellung in Essen werden wiederum eine ganze Reihe von fachlichen Tagungen stattfinden. Der Verein deutscher Ingenieure hält dieses Mal seine Hauptversammlung in Dortmund vom 17.—20. Juni ab, also zu Beginn der Ausstellung. Die Besichtigung der Wärmeausstellung ist mit auf das Programm dieser Tagung, die gewöhnlich von einigen Tausend Ingenieuren besucht wird, gesetzt worden. Mehrere technische Hochschulen und Bergakademien, sowie eine ganze Reihe von technischen Fachlehranstalten wollen Besichtigungen der Ausstellung unternehmen. In den Kreisen der Gewerkschaften und der Innungen zeigt sich ein lebhaftes Interesse. Es sollen unter fachkundiger Führung Besichtigungen für die einzelnen Gewerkschaften und Innungen veranstaltet werden. Die zahlreichen Bezirksvereine der Ingenieure, Chemiker und Architekten im Rheinland und Westfalen haben zu einem großen Teil schon beschlossen, im Juni bezw. Juli Sitzungen in Essen abzuhalten um gleichzeitig die Wärmeausstellung besichtigen zu können. Höchstwahrscheinlich werden auch noch die Dampfkesselvereine Deutschlands eine Tagung in Essen abhalten, ebenso auch die Hauptwärmestelle in Berlin. Auch die amtlichen Körperschaften der öffentlichen Kohlenbewirtschaftung werden Tagungen in Essen haben. Eine Reihe von Vereinen und Verbänden verhandelt noch wegen der Veranstaltung von Sitzungen bei Gelegenheit der Wärmeausstellung.

Sport.

Danzig — Berlin. Mit einem überlegenen Sieg konnte am Sonntag die Berliner Städtemannschaft die Danziger Städtemannschaft abfertigen. Die Berliner waren, obwohl in nicht erstklassiger Aufstellung, dem Gegner technisch und taktisch überlegen und siegten mit 6:0.

Mitteldeutschland — Baltenland. Der Fußballkampf Mitteldeutschland — Baltenland, der am Sonntag in Stettin zum Austrag kam, endete mit dem Siege der Mitteldeutschen von 3:1 (Halbzeit 2:1) vor viertausend Zuschauern.

Italienische Fußballer im Westen. Der S. C. „Sampierdarena" Genua, welcher außer in München und Köln, auch in Dortmund gegen den Sportklub 05 spielt, ist einer der größten Vereine Italiens. Die 1. Mannschaft ist Meister von Ligurien und spielte am 7. Mai im Entscheidungsspiel um die italienische Meisterschaft 0:0, so daß das Spiel wiederholt werden muß. Die letzten Resultate gegen ausländische Mannschaften sind folgende: gegen Wiener Sportklub (Meister von Oesterreich) 0:0, gegen Rapid Wien 2:1 gewonnen, gegen München 1860 2:2. In der Mannschaft wirken 2 mehrfache Internationale und 6 Repräsentative mit. Auf das Abschneiden dieser Mannschaft in Deutschland darf man gespannt sein.

Soziales Leben.

Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe blieb gegenüber der Vorwoche in der Woche vom 21.—28. Mai unverändert. Allgemein hielt die gute Beschäftigungsmöglichkeit, insbesondere für Facharbeitskräfte, an. In fast allen Bezirken war in Industrie und Gewerbe eine lebhafte Vermittlungstätigkeit zu beobachten. Vereinzelte Bezirke klagen über unzureichende Arbeitsgelegenheiten für ungelernte Arbeitskräfte. Vielfach handelt es sich hierbei um Leute, die ortsansässig sind und für eine Vermittlung nach auswärts nicht in Frage kommen.

In der Landwirtschaft hat sich die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften, besonders nach Jugendlichen, gegenüber der Vorwoche gehoben. Das Angebot von eingeübten Knechten war gering. Die restlose Unterbringung scheiterte oft an einer Einigung in der Lohnfrage. Weibliche Arbeitskräfte, gelernte wie ungelernte, wurden viel verlangt. Das geringe Angebot von Mädchen, hauptsächlich jüngerer von 14 Jahren an, konnte untergebracht werden.

Die Metallindustrie hat fortlaufenden Bedarf an Facharbeitskräften, der nicht zu decken ist. Gesucht sind: Dreher, Schlosser, Former, Gießgrubenarbeiter, Schmelzer, Gasschweißer und Walzer. Der Arbeiterbedarf bei dem Bezirksarbeitsnachweis Hörde für die Phönix-Werke erhöhte sich für die letzte Woche auf 250 Fach- und Hilfsarbeiter. Ferner sucht das Arbeitsamt Hörde dringend einen Walzmeister und eine Anzahl Walzer. Die Lage in der Eisenindustrie im Siegerländer Bezirk wird als gut bezeichnet. Nach Mitteilung des Arbeitsamtes Siegen macht sich in verschiedenen Betrieben als vorübergehende Erscheinung ein Nachlassen von Aufträgen bemerkbar. Vom Arbeitsnachweis für Stadt- und Landkreis Münster wird eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie berichtet.

Der zunehmende Bedarf an Facharbeitskräften, insbesondere an Maurern, im Baugewerbe konnte bei weitem nicht gedeckt werden, da es fast vollkommen an solchen Kräften fehlt. Allein im Hagener Bezirk liegt zurzeit ein Bedarf von etwa 200 Maurern vor. Aehnlich liegen die Verhältnisse in anderen Bezirken.

Eingesandt.

(Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikel trägt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung).

Trinkerfürsorge.

Im März dieses Jahres wurde die Trinkerfürsorge der Arbeitsgemeinschaft der Bochumer Nüchternheitsbewegung begründet, nachdem vorher die Stadtverwaltung an die hiesigen Abstinentengruppen mit der Bitte herangetreten war, ihr behilflich zu sein, die großen sozialen Aufgaben auf diesem Gebiet zu lösen. Es gibt wohl keine edlere Aufgabe als die, diese unglücklichen Menschen auf den rechten Weg zurückzuführen. Es ist ganz gleichgültig, ob der Guttemplerorden diese schwere Aufgabe unter allgemein menschlichen Gesichtspunkten oder der „Treubund" und das „Kreuzbündnis" bezw. das „Blaue Kreuz" vom kirchlichen Standpunkt aus lösen wollen. Es ist nicht entscheidend, ob wir den Trinker als Kranken oder als Sünder betrachten. Es kommt einzig und allein darauf an, daß praktische Trinkerfürsorge gepflegt wird. Die wenigsten Menschen erkennen die hohe Bedeutung die er Arbeit in vollem Umfange an. Es ist aber notwendig, daß jeder, der einen Trinker kennt, ihn an die Stelle weist, an der ihm geholfen werden kann. Es ist deshalb gebeten worden, für solche Fälle die nachstehenden Adressen anzugeben: 1. Fürsorgeamt, Trankgasse, Zimmer 68; 2. Herr und Frau Pawlowski, Bismarckstr. 5. Wollen wir unserm Volk wirklich helfen, dann ist es notwendig, daß wir gemeinsam jede Gelegenheit benutzen, um die bestehenden Schäden zu lindern und die Nationalkraft unseres Volkes zu erhöhen. Denken wir allein daran, daß nach den Angaben, welche der Vorsitzende des deutschen Guttemplerordens, Herr Oberzollinspektor Blume aus Hamburg am letzten Sonntag machte, nicht weniger als 300 Milliarden Papiermark im Jahr vom deutschen Volke für alkoholische Getränke ausgegeben werden. Wenn wir uns aus der Schuldknechtschaft unserer äußeren Feinde befreien wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß keine einzige Papiermark von einem Deutschen vergeudet wird. Wir haben es notwendig, mit allen Kräften zu arbeiten, damit die Macht des Alkoholkapitals gebrochen wird. Andernfalls dürfte der Zeitpunkt nicht fern sein, in dem Deutschland mit seinem früheren Bundesgenossen Oesterreich, d. h. dem heutigen Staate Deutsch-Oesterreich oder mit der Sowjetrepublik wirtschaftlich auf eine Stufe gestellt werden kann.

Ein Mitglied des Guttempler-Ordens.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Freitag, den 2. Juni 1922.

Jugendgruppe Ehrenfeld, abends 8 Uhr, bei Gilleballe, Hattingerstraße, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft.

*

Wegen der Pfingstfeiertage findet die Monatsversammlung des 1. Stadtbezirks erst am Sonntag, den 11. Juni, abends 8 Uhr bei Knepper statt, die des 10. und 11. Stadtbezirks am gleichen Tage um 7 Uhr bei Pütz.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 2.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 2,50 Mark.

Christlicher Metallarbeiterverband Bochum.

Sektion der Heizer und Maschinisten. Freitag, den 2. Juni, nachm. 5 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Hellweg 25, eine wichtige Branchenversammlung statt.

Handel.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 10½ Uhr nach kurzem, schwerem Leiden, welches er mit großer, bewunderungswürdiger Geduld ertrug, meinen innigstgeliebten Mann, unsern treusorgenden Vater, unvergeßlichen Bruder, Schwager und Onkel, den

Kaufmann

Heinrich Erbe

im Alter von 64⅓ Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach einem arbeitsreichen, frommen Lebenswandel im festen Glauben an seinen Erlöser.

Wir aber bitten voll Schmerz um ein stilles Gedenken.

Frau Heinr. Erbe, Amalie geb. Blome
Otto Erbe
Friedrich Erbe
Elfriede Erbe
nebst Anverwandten.

Laer, Bochum, Hiltrop, Hamborn, Waltenbach und Sterkelshausen (Bez. Cassel), den 1. Juni 1922.

Die Beerdigung findet am Pfingstsonntag, den 4. Juni 1922, nachm. 4½ Uhr vom Trauerhause Laer, Wittenerstraße 75 aus statt.

Trauerfeier im Hause ¼ Stunde vorher.

Allen, denen aus Versehen keine besondere Nachricht zuging, diene diese als solche.

Franz Schortheide
Erna Schortheide
geb. v. d. Abe
Vermählte

Eppendorf, den 2. Juni 1922.

Samstag, den 3. Juni

ist mein Geschäft wegen der
Pfingstfeiertage
nur bis 2 Uhr mittags geöffnet.

Wilhelm Friemann jr.
Getreide, Futtermittel, Fourage
Kanalstraße 39.

Hiesige Gesellschaft sucht für den Haus- und Kontrolldienst einen zuverlässigen, nüchternen

Mann.

Hausinvaliden werden berücksichtigt. Radfahrer bevorzugt.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe von Firmen, bei denen Erkundigungen eingezogen werden können, erbeten unter Nr. **11633** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Große Zeche Nähe Bochums sucht für eine ihrer Kokereianlagen erfahrenen

Betriebsassistenten

mit guter Allgemeinbildung und guten Kenntnissen des Nebenproduktenbetriebes. Es wollen sich nur Absolventen der Maschinenbauschule bewerben.

Bewerbungen unter Nr. **11517** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Homborg Kunst-Porzellan

Trauringe
massiv Gold 585
Jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers
Goldschmiedemeister
Bochum, Wilhelmstr. 13

Miets-Gesuche

Möbl. Zimmer
mögl. Nähe „Bergmannshalt" von Arzt gesucht. Angeb. unt. A. B. an den Wirt „Bergmannshalt".

Für einen jüngeren Beamten ein
möbliertes Zimmer
per sofort gesucht.
Dr. C. Otto & Co., Christstr. 9.

Junges Ehepaar sucht
2-3 elegant möblierte Zimmer
Mitbenutzung der Küche ausgeschlossen. Anneb. an Dr. Zimmermann, Schaarnhorststr. 12.

Gesucht zum 1. Juni von einem jungen Akademiker ein gut möbliertes
Zimmer
ev. mit Pension. Angeb. unter Nr. 1533 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Wohnungstausch!
Gegen schöne 4 oder 5 Zimmerwohnung in
Dortmund
5—6 Zimmerwohnung in
Bochum
zu tauschen gesucht. Angebote unt. Nr. 11370 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Ladenlokal
an belebt. Straße z. miet. gesucht, evtl. Geschäft od. Haus z. kauf. gesucht. Angebote unter M. L. an die Geschäftsst. der Wanner Zeitung, Wanne i. Westf.

Offene Stellen

Vertreter
gesucht für eine Specialfabrik der Drogenbranche zum Verkauf ihrer bestens bewährten, teilweise eingeführten Präparate. Kräftige Unterstützung durch zugkräftige Reklame. Eingeführte Herren belieben zu schreiben an
G. W. Huyzendveld, Essen, Postfach.

Selbständig arbeitende
Monteure
für Eisenkonstruktion und Apparate Verbau-Anlagen stellt sofort ein
Maschinenfabrik Baum A.-G. Herne.

Büro-Hilfskraft
von hiesiger Gesellschaft, Alter 17—20 Jahre, oder pensionierter Beamter gesucht. Zuverlässiges und sicheres Rechnen und leserliche Handschrift Bedingung.
Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. **11632** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Perfekter
Maschinenzeichner
mit einigen Jahren Konstruktionspraxis für unser Vorrichtungs- und Normalienbüro sofort oder baldigst gesucht.
Schriftliche oder persönliche Angebote an
Flottmannwerke, Herne i. W.

Für mein Tapetengeschäft suche ich einen tüchtigen
Jungen
mit guter Schulbildung in die Lehre
Ernst Körmann, Buddenbergstraße.

Wir suchen für sofort einen kräftig., zuverlässig.
Fuhrmann
Einkaufsgenossenschaft der Bäcker-Innung Bochum, Brückstraße 16, Eingang Gerberstraße.

Hiesiges großes Unternehmen sucht für seine Telefon- u. Telegraphen-Zentrale zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen jüngeren
Beamten
Bewerber, die ähnliche Stellen bereits bekleidet haben, stenographieren sowie die Schreibmaschine bedienen können, belieben Angebote mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Eintrittsdatum unt. Nr. 11313 an die Geschäftsstelle d. Ztg. einzureichen.

Vertreter
für Knieschutz
(kein verbeultes Hosenknie mehr) gesucht. 11369
B. Braig, Rettwig-Ruhr.

Tüchtiges, kath.
Mädchen
für alle Hausarbeiten sofort gesucht.
Frau Aug. Lindemann
Rheydt (Bez. Düsseldorf).

Für kaufm. Büro wird eine mit Büroarbeiten vertraute, stenographie- und maschinenschreibenkundige
Kontoristin
evang. Konf., mit guter Schulbildung gesucht.
Angebote mit Zeugnis-Abschriften und Gehaltsanspr. unter **K. Z. 100** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Für Privathaushalt ein in allen Arbeiten erfahrenes kathol.
Mädchen
gesucht. 11573
Frau Aug. Babock, Witten, Roonstr. 35.

Ein älteres, besseres
Fräulein
als Hausdame und zu meinen 10- u. 12jährigen Kindern gesucht.
Frau von Pein, Conditorei Kammann, Essen, Limbeckerstraße 76.

Mädchen
für ganze oder halbe Tage zum 1. oder 15. Juni von kl. Familie (2 Personen) gesucht.
Kanalstr. 151.

Tüchtiges Mädchen
für ganze Tage gesucht. Brummer, Altenbochum, Wittenerstraße 60.

Stellengesuche

Junger Mann, welcher Handelsschule besucht hat, sucht
Lehrstelle
Off. u. Nr. 11608 an die Gesch. d. Ztg.

Vergnügungssteuer-Ordnung.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung Werne vom 10. November 1921 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 12 und 13 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 und der dazu ergangenen Bestimmungen des Reichsrats nachstehende Ordnung, betreffend die Erhebung von Vergnügungssteuern im Bezirk der Gemeinde Werne, erlassen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Steuerpflichtige Veranstaltungen.

1. Alle im Gemeindebezirke veranstalteten Vergnügungen unterliegen einer Steuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung.

2. Als steuerpflichtige Vergnügungen im Sinne des Abs. 1 gelten insbesondere folgende Veranstaltungen:
   1. Tanzbelustigungen, Kostümfeste, Maskenbälle, Junggesellen- und Humoristenwettkämpfe, Ballette;
   2. Volksbelustigungen, wie Karussells, Schaukeln, Hippodrome, Schieß- und Würfelbuden, Kraftthämmer und ähnliche Apparate, Vorrichtungen zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Stücke oder deklamatorischer Vorträge, Geschicklichkeitsspiele, Glücksräder, Veranstaltungen zum Ausspielen von Geld oder Gegenständen, Rutsch- oder ähnlichen Bahnen, Velodrome u. dergl.;
   3. Zirkus-, Spezialitäten-, Varietee-, Tingel-Tangel-Vorstellungen, Kabarette.

Fortsetzung auf Seite 8.

Schaustellungen jeglicher Art sowie Ausstellungen und Museen, mit Ausnahme derjenigen Ausstellungen und Museen, die nicht Erwerbszwecken dienen, Figurenkabinette, Panoramen, Panoptiken, Vorführung abgerichteter Tiere, Menagerien u. dergl.;

4. Sportliche Veranstaltungen, Preiskegeln, Preisbillardspiele und Preisschießen;
5. Vorführung von Licht- und Schattenbildern, Puppen- und Marionettentheater;
6. Theatervorstellungen;
7. Konzerte und sonstige musikalische und gesangliche Aufführungen, Vorträge, Vorlesungen, Deklamationen, Rezitationen, Vorführungen der Tanzkunst.

3. Die Annahme einer Vergnügung im Sinne dieser Ordnung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Veranstaltung gleichzeitig auch noch erbauenden, belehrenden oder anderen, nicht als Vergnügungen anzusehenden Zwecken dient, oder daß der Unternehmer nicht die Absicht hat, eine Vergnügung zu veranstalten.

§ 2.

Steuerfreie Veranstaltungen.

Der Steuer unterliegen nicht:

1. Veranstaltungen, die lediglich dem Unterricht an öffentlichen oder erlaubten privaten Unterrichtsanstalten dienen oder mit Genehmigung der Schulbehörde ausschließlich für Schüler solcher Anstalten und deren Angehörige dargeboten werden, sowie Volkshochschulkurse.
2. Veranstaltungen, die ausschließlich der Jugendpflege oder der Leibesübung dienen und bei denen die Mitwirkenden für ihre Leistungen kein Entgelt erhalten oder bei denen die Eintrittspreise im Verhältnis zu den Leistungen ungewöhnlich gering sind. Die Befreiung tritt nicht ein bei gewerbsmäßigen Veranstaltungen dieser Art und solchen, die mit Totalisator, Wettbetrieb oder Tanz verbunden sind;
3. Veranstaltungen von einzelnen Personen in privaten Wohnräumen, wenn weder ein Entgelt dafür zu entrichten ist, noch Speisen und Getränke gegen Barzahlung verabreicht werden. Vereinsräume gelten nicht als private Wohnräume.
4. Veranstaltungen der im § 1 Abs. 2 Nr. 5—7 bezeichneten Art, die von den Ländern im öffentlichen Interesse unternommen, unterhalten oder wesentlich unterstützt werden, sowie Veranstaltungen, die ohne die Absicht auf Gewinnerzielung ausschließlich zum Zwecke der Kunstpflege oder der Volksbildung unternommen werden und von den Landesregierungen als gemeinnützig ausdrücklich anerkannt sind.

§ 3.

Steuerform.

1. Die Steuer wird in der Form der Kartensteuer erhoben, sofern und soweit die Teilnahme an den in § 1 Abs. 1, 3 und 5 bezeichneten Veranstaltungen von der Entrichtung eines Geldbetrages (Eintrittsgeld, Programmgebühr oder sonstige Geldentschädigung) abhängig gemacht wird. Bei kirmesähnlichen Veranstaltungen kann aus technischen Gründen von dieser Vorschrift abgegangen werden. Dagegen wird bei allen übrigen Veranstaltungen nur dann Kartensteuer erhoben, sofern und soweit die Teilnahme an denselben von der Lösung von Eintrittskarten oder sonstigen Ausweisen seitens der Veranstalter abhängig gemacht wird; andernfalls werden feste Steuersätze erhoben. (Pauschsteuer.)

2. Die Pauschsteuer wird an Stelle der Kartensteuer erhoben, sofern dadurch ein höherer Steuerbetrag erzielt wird. Auf Veranstaltungen im Freien findet diese Bestimmung keine Anwendung.

3. Als Teilnehmer gelten alle Anwesenden mit Ausnahme der in Ausübung ihres Berufes oder Gewerbes beschäftigten Personen. Bei sportlichen Veranstaltungen gilt als Teilnehmer nicht, wer sich selber sportlich betätigt.

4. Die vorstehenden Bestimmungen über Karten- und Pauschsteuer gelten nicht für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen. Vielmehr gelten für diese die besonderen Bestimmungen unter IV

§ 4.

Anmeldung.

1. Jede steuerpflichtige Veranstaltung ist spätestens einen Werktag und, falls sie der Kartensteuer unterliegt, spätestens zwei Werktage vorher bei der Steuerstelle anzumelden. Hat die Anmeldung nicht rechtzeitig erfolgen können, weil die Veranstaltung noch nicht feststand, so ist sie spätestens bis zum zweiten Werktag nach der Veranstaltung nachzuholen.
2. Ueber die Anmeldung wird eine Bescheinigung erteilt.
3. Zur Anmeldung verpflichtet ist sowohl der Unternehmer der Veranstaltung wie der Inhaber der dazu benutzten Räume oder Grundstücke. Letzterer darf die Abhaltung einer steuerpflichtigen Veranstaltung erst zulassen, wenn ihm die Anmeldebescheinigung vorgelegt ist, es sei denn, daß es sich um eine unvorbereitete und nicht vorherzusehende Veranstaltung handelt.
4. Bei Veranstaltungen einzelner Unternehmer kann die Steuerstelle eine einmalige Anmeldung für eine Reihe von Veranstaltungen für ausreichend erklären.

II. Kartensteuer.

§ 5.

Steuermaßstab.

Die Kartensteuer wird nach Preis und Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten berechnet. Unentgeltlich ausgegebene Karten bleiben auf Antrag unberücksichtigt, wenn sie als solche kenntlich gemacht sind und der Nachweis ihrer unentgeltlichen Ausgabe nach näherer Bestimmung der Steuerstelle von Fall zu Fall erbracht wird. Das Höchstmaß der unentgeltlichen Eintrittskarten beträgt 20 Stück.

§ 6.

Preis und Entgelt.

1. Die Steuer ist nach dem auf der Karte angegebenen Preise zu berechnen, auch wenn die Karte tatsächlich billiger abgegeben worden ist. Sie ist nach dem Entgelte zu berechnen, wenn dieses höher ist als der auf der Karte angegebene Preis.

2. Als Entgelt gilt die gesamte Vergütung, die für die Zulassung der Veranstaltung gefordert wird. Hierzu gehört auch die Gebühr für Kleideraufbewahrung sowie für Kataloge oder Programme, wenn die Teilnehmer ohne die Abgabe von Kleidungsstücken oder die Entnahme eines Kataloges oder Programmes zu der Veranstaltung nicht zugelassen werden. Wird neben diesem Entgelt unter bestimmten Voraussetzungen oder zu bestimmten Zwecken noch eine Sonderzahlung verlangt, so wird dem Entgelt der Betrag der Sonderzahlung oder, falls dieser nicht zu ermitteln ist, ein Betrag von 10.— Mk. hinzugerechnet, es sei denn, daß die Sonderzahlung einem Dritten zu einem von der Landesregierung als gemeinnützig anerkannten Zwecke zufließt.

§ 7.

Karten für mehrere Veranstaltungen oder mehrere Personen.

1. Für einzeln oder zusammenhängend ausgegebene Karten, die zur Teilnahme an einer bestimmten Zahl von zeitlich auseinanderliegenden Veranstaltungen berechtigen (Abonnements-, Dauer-, Zeit-, Dutzendkarten u. ä.) ist die Steuer unter Zugrundelegung des Preises der entsprechenden Einzelkarten nach der Zahl der zugesicherten Veranstaltungen zu berechnen. Ist diese Zahl unbestimmt, so ist die Steuer nach dem Preise der Gesamtkarte zu berechnen.

2. Für Karten, die mehrere Personen zum Eintritt berechtigen, ist die Steuer nach deren Zahl zu berechnen. Ist diese Zahl unbestimmt, (Familien-, Wagenkarten u. ä.), so ist sie auf 5 anzunehmen. Zugrunde zu legen ist der Preis der entsprechenden Einzelkarte.

3. Für Zuschlagskarten ist die Steuer besonders zu berechnen.

§ 8.

Steuersätze.

1. Die Steuer beträgt für jede ausgegebene Einzelkarte bei einem Preise oder Entgelt (§ 6)

a) bei den in § 1 Ziffern 1, 2, 3, 4. u. 5

bis einschl. 3 M.	=	20 v.H.
von mehr als 3 M.	=	30 v.H.
„ „ „ 5 M.	=	40 v.H.
„ „ „ 10 M.	=	50 v.H.

b) bei den in § 1 Ziffer 6 u. 7

bis einschl. 3 M.	=	15 v.H.
von mehr als 3 M.	=	20 v.H.
„ „ „ 5 M.	=	30 v.H.
„ „ „ 10 M.	=	40 v.H.

2. Die Steuer wird für jede einzelne Karte auf volle 10 Pfennig nach oben abgerundet.

3. Für Veranstaltungen der im § 1 Abs. 2 Nr. 5—7 bezeichneten Art, bei denen der künstlerische und volksbildende Charakter überwiegt, kann die Steuerstelle eine Ermäßigung bis zur Hälfte der Steuer gewähren, es sei denn, daß während der Veranstaltung Speise und Getränke gegen Bezahlung verabfolgt werden oder geraucht wird.

§ 9.

Eintrittskarten.

1. Eintrittskarten werden nach einheitlichem Muster durch die Steuerstelle beschafft und auf Anfordern zum Selbstkostenpreis verabfolgt. Die Karten sind derart gefertigt, daß privaterseits gehörige Vermerke und Aufdrücke über die zu veranstaltende Lustbarkeit usw. auf denselben angebracht werden können. Außer dem Verkauf von Eintrittskarten ist der Verkauf von Festprogrammen zum Selbstkostenpreis und 20 Prozent Aufschlag, welcher unversteuert bleibt, zulässig.

2. Von dem Verkauf der durch die Steuerstelle bereitgehaltenen Eintrittskarten kann nur in besonders gearteten Fällen abgegangen werden, die Entscheidung hierüber trifft die Steuerstelle unter maßgebender Festlegung aller in Frage kommenden Einzelheiten.

3. Die Steuerstelle kann bei der Anmeldung die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld verlangen.

§ 10

Der Unternehmer darf die Teilnahme an der Veranstaltung nur gegen Vorzeigung der Karte und Entwertung derselben, welche durch Abreißen des an der rechten Seite der Karte befindlichen Entwertungsstreifen geschieht, gestatten. Die entwerteten Karten sind den Teilnehmern zu belassen und von diesen den Beauftragten der Steuerstelle auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 11.

Nachweisung.

Ueber die ausgegebenen Karten hat der Unternehmer für jede Veranstaltung eine fortlaufende Nachweisung zu führen, die mit den nicht ausgegebenen Karten innerhalb 8 Tagen, vom Tage der Veranstaltung ab gerechnet, der Steuerstelle vorzulegen ist. Auf Antrag kann die Steuerstelle Fristverlängerung eintreten lassen.

§ 12.

Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit der Steuerschuld.

1. Die Steuerschuld entsteht mit der Ausgabe der Karten. Die Ausgabe ist vollendet mit der Uebertragung des Eigentums an der Karte. Die Steuerschuld mindert sich nach Zahl und Preis derjenigen Karten, die gegen Erstattung des vollen Preises zurückgenommen worden sind.

2. Nach Abschluß ihrer Ermittelungen setzt die Steuerstelle die Steuer fest und teilt sie dem Steuerpflichtigen mit. Der Erteilung eines förmlichen Steuerbescheides bedarf es nicht.

3. Soweit die Steuerstelle nichts anderes vorschreibt, wird die Steuerschuld mit Ablauf von zwei Werktagen nach der Mitteilung an den Steuerpflichtigen fällig.

§ 13.

Festsetzung in besonderen Fällen.

Verstößt der Unternehmer gegen die Bestimmungen der §§ 4, 9 bis 11 in einer Weise, daß die für die Berechnung der Steuer maßgebenden Verhältnisse nicht mit Sicherheit festzustellen sind, so kann die Steuerstelle die Steuer so festsetzen, als ob sämtliche verfügbaren Plätze für die gewöhnlichen oder im Einzelfall ermittelten oder geschätzten höheren Kassenpreise verkauft worden wären. Ueber die Festsetzung ist ein förmlicher Steuerbescheid zu erteilen.

§ 14.

Steuerzuschlag.

Wenn der Verpflichtete die Fristen für die Anmeldung der Veranstaltung (§ 4), die Vorlegung der Karten (§ 9) und die Entrichtung der Steuer (§ 12) nicht wahrt, kann die Steuerstelle ihm einen Zuschlag bis zu fünfundzwanzig vom Hundert der endgültig festgesetzten Steuer auferlegen. Die Steuerstelle hat den Zuschlag zu unterlassen oder zurückzunehmen, wenn die Versäumnis entschuldbar erscheint.

III. Pauschsteuer.

§ 15

Nach der Roheinnahme.

1. Haben die Teilnehmer an einer Veranstaltung ein Entgelt zu zahlen, sind aber Eintrittskarten nicht ausgegeben worden oder ist ein Entgelt nicht höher als 25 Pfg., so kann die Steuerstelle die Steuer mit 15 bis 70 vom Hundert der gesamten Roheinnahme festsetzen. Die Bestimmung des § 9 Abs. 3 findet Anwendung.
2. Die Steuerstelle kann den Unternehmer von dem Einzelnachweis der Höhe der Roheinnahme befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren.

§ 16

Nach dem Werte.

1. Für das Halten
   a) eines Schau-, Scherz-, Spiel- oder Geschicklichkeitsapparates oder
   b) einer Vorrichtung zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Stücke oder deklamatorischer Vorträge (Klavierspielapparat, Sprechapparat, Phonograph, Orchestrion u. ähnl.) an öffentlichen Orten, in Gast- und Schankwirtschaften, sowie in sonstigen jedermann zugänglichen Räumen ist eine Steuer nach dem Werte des Apparates oder der Vorrichtung zu entrichten.
2. Die Steuer beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat:
   a) für die zu a) bezeichneten Apparate bei einem Werte

bis einschließlich	50 ℳ	2 ℳ
„ „	200 ℳ	4 ℳ
„ „	500 ℳ	6 ℳ
„ „	1000 ℳ	10 ℳ

   und für jede angefangenen weiteren 1000 ℳ je 10 ℳ,

   b) für die zu b) bezeichneten Vorrichtungen bei einem Wert

bis einschließlich	500 ℳ	2 ℳ
„ „	3000 ℳ	5 ℳ
„ „	5000 ℳ	15 ℳ
„ „	10 000 ℳ	30 ℳ

   und für jede angefangenen weiteren 10 000 ℳ je 20 ℳ.
3. Die Steuer ist innerhalb der ersten Woche jeden Monats zu entrichten.
4. Der Eigentümer oder derjenige, dem der Apparat oder die Vorrichtung von dem Eigentümer zur Ausnutzung überlassen ist, hat die Aufstellung des Apparates oder der Vorrichtung spätestens innerhalb einer Woche der Steuerstelle anzuzeigen. Die Bestimmung des § 4 Abs. 3 bleiben unberührt.
5. Auf Leierkasten und Spieldosen von geringem Umfang, die lediglich bestimmte Stücke spielen, finden die Bestimmungen der Abs. 1 bis 4 keine Anwendung.

§ 17

Nach der Zahl der Mitwirkenden.

1. Für Musikvorträge von nicht mehr als drei Mitwirkenden in Gast- und Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungslokalen, Buden oder Zelten ist eine Steuer von 6 Mk. für den Tag und jeden Mitwirkenden zu entrichten.
2. Für gewerbsmäßige Gesang- und Musikvorträge, die im Umherziehen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten, in Gast- und Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungslokalen, Buden oder Zelten sowie auf Höfen von Wohnhäusern dargeboten werden, ist eine Steuer zu entrichten, die
   bei einem oder zwei Mitwirkenden 6 ℳ
   bei drei Mitwirkenden 12 ℳ
   bei vier oder fünf Mitwirkenden 18 ℳ
   und bei jedem weiteren Mitwirkenden je 5 ℳ für den Tag beträgt.
3. Steuerpflichtige Vorträge der zu 2 bezeichneten Art sind von dem Unternehmern vor Beginn bei der Steuerstelle anzumelden. Haben die Unternehmer solcher Vorträge an einem Tage bereits in einer anderen Gemeinde Steuer entrichtet, so sind sie von der weiteren Steuer befreit. Ueber die Entrichtung der Steuer haben sie sich auszuweisen.
4. Gelegentliche Gesangs- und Musikvorträge auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen sowie auf Höfen von Wohnhäusern sind steuerfrei.

§ 18.

Nach der Größe des benutzten Raumes.

1. Soweit die Pauschsteuer nicht nach den Bestimmungen der §§ 15 bis 17 zu berechnen ist, wird sie nach der Größe des Raumes berechnet, der für die steuerpflichtige Veranstaltung benutzt wird. Die Größe des Raumes wird festgestellt nach dem Flächeninhalte der für die Vorführung und die Zuschauer bestimmten Räume, einschl. der Ränge, Logen und Galerien, Wandelgänge und Erfrischungsräume, aber ausschließlich der Bühnen- und Kassenräume, der Kleiderablagen und Aborte. Findet die Veranstaltung ganz oder teilweise im Freien statt, so sind von den im Freien gelegenen Flächen nur die für die Vorführung und die Zuschauer bestimmten Flächen einschließlich der dazwischen befindlichen Wege und der angrenzenden Veranden, Zelte und ähnlichen Einrichtungen anzurechnen.
2. Die Pauschsteuer beträgt:

Bei einem Flächenraum von nicht mehr als Quadratmeter	1 Für Veranstaltungen im Freien, Zirkusvorstellungen, Volksbelustigungen aller Art. (Vorführungen o. Tieren usw.) Mark	2 Für Vorführungen von Lichtbildern, Theatervorstellungen, Konzerte, Vorträge u. alle sonstigen Veranstaltungen, die nicht unter 1 u. 3 fallen bis 11 Uhr abends Mark	2 über 11 Uhr abds. Mark	3 Für Tanzbelustigungen Engagement, Variete, Kabarett, Kostümfeste, Maskenbälle u. ähnliche Veranstaltungen bis 11 Uhr abends Mark	3 über 11 Uhr abds. Mark
50	—	16	16	40	40
100	—	30	32	60	60
200	40	40	60	80	100
300	50	60	80	100	120
400	60	80	100	140	150
u. f. jede weit. 200	20	30	40	50	50

3. Die Steuer wird für jede Veranstaltung besonders erhoben, auch wenn in dem Raume an einem Tage mehrere Veranstaltungen stattfinden. Bei fortlaufender Aufeinanderfolge der Veranstaltungen gilt jeder angefangene Zeitraum von drei Stunden als eine Veranstaltung. Bei Veranstaltungen, die mehrere Tage dauern, wird die Steuer für jeden angefangenen Tag besonders erhoben.
4. Ist die Berechnung der Steuer nach Abs. 1 bis 3 schwer durchführbar, so kann die Steuerstelle den Steuerbetrag mit dem Unternehmer vereinbaren.

§ 19.

Entrichtung.

1. Die Pauschsteuer (§§ 15 bis 18) ist bei der Anmeldung (§§ 4, 16 Abs. 4, § 17 Abs. 3) zu entrichten und wird erstattet, wenn die Veranstaltung nicht stattfindet. Der Erteilung eines förmlichen Steuerbescheides bedarf es nicht.
2. Die Bestimmungen des § 8 Abs. 3 u. des § 14 finden sinngemäß Anwendung.

IV. Besondere Bestimmungen für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen.

§ 20

Steuer vom Bruttovertrage.

1. Künstlerisch hochstehende Veranstaltungen, deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen üblicherweise gestellt werden, werden zu einer Steuer von 10 v. H. des Bruttovertrages herangezogen.
2. Darüber, ob es sich um künstlerisch hochstehende Veranstaltungen handelt, und ob die Voraussetzungen ordnungsmäßiger Geschäfts- und Kassenführung erfüllt sind, entscheidet die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Behörde.

V. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 21

Steuerpflicht und Haftung.

Steuerpflichtig ist der Unternehmer der Veranstaltung. Wer zur Anmeldung verpflichtet ist, ohne selbst Unternehmer zu sein, haftet neben dem Unternehmer als Gesamtschuldner.

§ 22.

Steueraufsicht.

Auf die im § 21 bezeichneten Personen und auf die Teilnehmer an einer steuerpflichtigen Veranstaltung finden die Vorschriften der §§ 193 bis 201 der Reichsabgabenordnung sinngemäß Anwendung.

§ 23

Erlaß und Erstattung der Steuer.

Zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten kann die Gemeinde in besonders gearteten Einzelfällen die Steuer ganz oder teilweise erlassen oder erstatten.

§ 24.

Die Hinterziehung der Steuer (§ 359 der Reichsabgabenordnung) wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Soweit der Betrag der hinterzogenen Steuer nicht festgestellt werden kann, ist auf eine Geldstrafe von 20 bis 20 000 ℳ zu erkennen.

§ 25.

Geltung des Landesrechts oder der Reichsabgabenordnung.

Soweit diese Steuerordnung nichts anderes bestimmt, finden die Vorschriften des Landesrechts über Gemeindeabgaben Anwendung. Soweit und solange eine landesrechtliche Regelung nicht besteht, finden die Vorschriften der Reichsabgabenordnung sinngemäß Anwendung.

§ 26.

Vorstehende Ordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Mit demselben Tage tritt die Lustbarkeits- (Vergnügungs-)steuer-Ordnung der Gemeinde Werne vom 12. Dezember 1919 und des dazu ergangenen Nachtrages vom 5. Januar 1921 außer Wirksamkeit.

Werne, den 18. November 1921.

Der Amtmann: J. V.: Der Beigeordnete: gez. Schulz.

Der Gemeindevorsteher: J. V.: gez. Lüke.

Genehmigt.

Bochum, den 24. März 1922.

Namens des Kreisausschusses des Landkreises Bochum:
Der Vorsitzende, k. Landrat: Stühmeyer.

Die obige Lustbarkeitssteuerordnung wird hiermit unter besonderem Hinweis auf die §§ 4 und 14 zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Es wird im Interesse der Veranstalter ersucht, die geplanten Lustbarkeiten baldmöglichst, mindestens aber 8 Tage vorher, bei der Polizeibehörde schriftlich anzumelden.

Werne, den 30. Mai 1922.

Die Polizei-Verwaltung.
Hüllstep.

Habe noch einen großen Posten
Tapeten
zu günstig. Preisen abzugeben.
Leinöl
Ia. doppelt gekocht zu bill. Tagespreise
C. Bohlmann
Kortumstraße 4
Fernruf 826.

Rat u. Hilfe
bei Vaterschaftssachen, Zivil- u. Strafprozessen, Ermittlungen, Beobachtungen od. sonstige interne Angelegenheiten :-: sowie schnellste :-:
Ehescheidung
in vornehmster Form, evtl. ohne persönliche Bloßstellung, Erteilung sämtlicher Geschäfts- :-: und Privat- :-:
Auskünfte
bes. bei Verlobung, Heirat, über Vorleben, Ruf, Charakter, Mitgift, usw. auf allen in- u. ausl. :-: Plätzen durch die :-:
Detektiv-Auskunftei „Metus"
8224 **Dortmund,** Westenhellweg 13, Tel. 3771
Durch große dauernde Erfolge fast ausschließlich auf Empfehlung tätig. Besprechung kostenlos. Garantie für größtmöglichste Zuverlässigkeit u. Diskret

Wer Stoff hat
der bringe denselben nach mir zur Anfertigung nach Maßdecke Zutaten, Umändern, Reparaturen und Aufbügeln zum billigsten Preis. 816
Herm. Jisel, Bochum
Dorstener Straße 116.

826 **Zum**
Puppenkönig
Bochum, Gr. Beckstr. 13, Asit. Spezialgesch. am Platze
Puppen werden d. ganze Jahr geheilt, Anfertigung sämtl. Haararbeiten, auch v. ausgekämmten Haaren.
Wilh. Hochstetter,
Friseur u. Perückenmachermeister, Prüm. Bochum 1311


Musik-Instrumente
jeder Art. 8153
O. Ludwig Nachf.
Bochum, Brückstr. 61
gegenüber Kortländer.
Spezialität:
Reparatur-Werkstatt f. Streich-Instrumente

Ausführung und Instandhaltung
elektr. Anlagen
816
Reichhaltiges Lager.
Karl Schröder,
Rottstr. 19, Nr. 43


Schaumpon
mit dem schwarzen Kopf
Das Beste zur Haarpflege
In allen einschlägigen Geschäften

Hand-Stickerei
bunt u. weiß erlern. Dam. u. Kinder in kurz. Zeit bei Fr. Vanse, Jakobstr. 17.